

Arbeiter-Zeitung

A

Jeder Betrieb sammelt für die Antifaschistische Aktion!

für Schlesien

**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptredaktion: Breslau 10, Krebsknecht Straße 50, Ver-
sprechter 460 89. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Krebsknecht Straße 50 (Vorbe-
haus). Versprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Krebsknecht
Straße 50, Versprecher 460 89.

Am Dienstag Reichstagsöffnung

Kommunisten fordern im Reichstag

Hinweg mit Papen und Schleicher / Aufhebung aller Notverordnungen / Fort mit den Sondergerichten / Verbot der SA- und SS-Formationen / Aufhebung des KfB.-Verbots / Annullierung der imperialistischen Slavenverträge / Betriebsarbeiter und Erwerbslose, Werktätige in Stadt und Land! Demonstrieren millionenfach am Tage des Zusammentritts des Reichs- und Landtages euren antifaschistischen Kampfeswillen!

Berlin, 26. August. (Fig. Drahtber.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat jetzt ihre Anträge veröffentlicht. An der Spitze der Anträge steht ein Misstrauensvotum für die gesamte Reichsregierung und besondere Misstrauensanträge gegen den Reichsinnenminister von Papen und den Reichswehrminister von Schleicher. Der Reichskommissar für Preußen und die kommissarisch eingesetzte Preußenregierung sind sofort zurückzuziehen. Weitere Anträge fordern die Aufhebung der Notverordnungen der Papen-Regierung, Aufhebung des Arbeitsdienstes und des Demonstrationsverbotes, die Beseitigung der Sondergerichte. Weitere Anträge verlangen das Verbot der SA- und SS-Formationen, sowie die Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes. In Verbindung mit ihnen wird die Einstellung der Zahlung der Fürstrenten und die Ausweisung aller Fürsten- und Standesherrn-Familien aus dem Reich gefordert. Die Gewährung von direkten und indirekten Subventionen an Banken, Industrie und Verkehrsunternehmen sollen sofort eingestellt werden. Ferner wurde die Annullierung der Verträge von Lausanne, des Young- und Dawesplanes verlangt.

Die Beschäftigungssteuer, Leibenssteuer, Umsatz-, Zuder- und Salzsteuer sollen aufgehoben werden. Die Vermögen, Dividenden und hohen Einkommen sind mit Sondersteuern zu belasten. Dagegen sollen die Mieten auf 25 Prozent der Friedensmiete herabgesetzt werden. Zur sofortigen Hilfe für die Arbeitslosen und Sozialrentner wird die Beseitigung aller Notverordnungen verlangt, durch die die Unterhaltungen abgebaut wurden.

Die Kommunisten haben die obigen Anträge im ausschließlichen Interesse der werktätigen Schichten gestellt. Und deshalb müssen sich die Millionen werktätiger Männer und Frauen und die arbeitende Jugend nicht nur geschlossen hinter diese Forderungen stellen, sondern müssen den außerparlamentarischen Massenkampf führen.

Antifaschistische Aktion für diese Forderungen heißt: Mobilisierung der Betriebe und Stempelstellen zum Massenstreik!

Die Arbeiterklasse muß sich klar darüber sein, daß die Papen-Schleicher-Regierung nicht durch ein Misstrauensvotum beseitigt werden kann. Jede kapitalistische Regierung — mag sie Papen-Schleicher oder Schleicher-Strasser oder Hitler-Drüning heißen — wird nur im revolutionären Massenkampf um die Arbeiter- und Bauernregierung verschwinden. Das von den Kommunisten gestellte Misstrauensvotum soll die arbeitenden Massen veranlassen, ihren Kampf gegen die Papen-Schleicher-Regierung, die neue Maßnahmen gegen die werktätigen Schichten vorbereitet, ungenie zu steigern. Zurzeit werden Verhandlungen zur Bildung einer Regierungskoalition von Schleicher über Stegerwald bis Leipart gepflogen. Die sozialdemokratische Presse versucht unsere Behauptung als unwahr hinzustellen. Die „Kölnische Zeitung“ vom 22. August bestätigt unsere Behauptung, daß Schleicher auch mit Leipart verhandelt hat. Auch dieser Regierung jagt die Arbeiterschaft den schärfsten Kampf an.

Betriebsarbeiter, Erwerbslose!

Galtet sofort Betriebs- und Stempelstellenversammlungen ab und nehmt zu den Forderungen der Kommunisten, die auch eure Forderungen sein müssen, Stellung, und beschließt die Wahl eurer Einheitsausschüsse zur Organisation und Führung des außerparlamentarischen Massenkampfes. Am Tage des Zusammentritts des Reichs- und Landtages am 30. August erhebt millionenfach Protest gegen die faschistische Hungerdiktatur, gegen die Sondergerichtsjustiz; demonstrieren millionenfach aktiv euren antifaschistischen Kampfeswillen!

Die bis zum 4. September verlängerte Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion muß mit zur Mobilisierung der Betriebsbelegschaften für die Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion benutzt werden.

„Rote Fahne“ erneut verboten

Berlin, 26. August. (Fig. Drahtbericht.) Der Berliner Polizeipräsident hat gestern die „Rote Fahne“ bis zum 2. September 1932 verboten. Das Verbot wird begründet mit der Kritik der „Roten Fahne“ an dem Berliner Sondergericht, das einen Antifaschisten zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilte.

Papen verhandelt mit Großindustriellen

Berlin, 26. August. (Fig. Drahtbericht.) Der Reichskanzler von Papen hat gestern mit den Großindustriellen Krupp, Generaldirektor Busch von der I. G.-Farbenindustrie und Siemens über das Wirtschaftsprogramm der Regierung verhandelt. Am Sonnabend will der Reichskanzler in einer Rede in Münster das Programm bekanntgeben. Wie die bürgerliche Presse übereinstimmend meldet,

enthält das Wirtschaftsprogramm vor allem die angekündigte Maßnahme „zur Auflockerung der Tarife“, die den Unternehmern einen neuen einschneidenden Lohnabbau ermöglichen sollen.

Denkt daran!

20 jähriger Antifaschist in Berlin durch Sondergericht zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt!

Täglich neue Schreckensurteile gegen antifaschistische Arbeiter! 9000 proletarische politische Gefangene sitzen hinter den Gittern! Ihre Familien warten auf Hilfe!

Am 26., 27. und 28. August sind Sammelstage der Roten Hilfe für die proletarisch-politischen Gefangenen und die Terroropfer! Hebt Solidariät, sammelt und werbt für die KPD.

9 Jahre Zuchthaus, 20 Jahre 6 Monate Gefängnis für Ohlauer Antifaschisten!

KPD.-Landtagsfraktion fordert

Freilassung des zu 10 Jahre Zuchthaus verurteilten Antifaschisten

Berlin, 26. August. (Fig. Drahtber.) Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages hat einen Antrag eingebracht, der die sofortige Freilassung des zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilten Jungarbeiters fordert. Es liegen bereits verschiedene Proteste Berliner Betriebsbelegschaften gegen das Schreckensurteil vor.

Leipart hat mit Schleicher verhandelt

Berlin, 26. August. (Fig. Drahtber.) Im „Vorwärts“ erschien heute früh eine Erklärung des DDB-Vorstandes zu den Enthüllungen der kommunistischen Presse. Der DDB kann nicht abfeuern, daß Leipart mit dem Reichswehrminister von Schleicher verhandelt hat. Es wird nur abgestritten, daß die Unterstützung eines kommenden Kabinetts Schleicher-Strasser-Stegerwald bereits beschlossene Sache sei. Dadurch, daß der DDB-Vorstand den Kampf gegen Lohn- und Unterstufungsabbau zu verhindern sucht, unterstützt er aber bereits das Papen-Kabinett.

Nazis können Mitglieder im DDB werden

Dortmund, 26. August. (Fig. Drahtber.) Gestern wurde der Verbandstag der Metallarbeiter zu Ende geführt. Bemerkenswert ist, daß ein Antrag, daß die Mitgliedschaft bei der Nazi-Partei unvereinbar sein soll mit der Verbandzugehörigkeit, abgelehnt wurde. Dagegen erhielt der Vorstand die Ermächtigung, Kommunisten, revolutionäre Oppositionelle ohne jedes Verfahren aus dem Verband auszuschließen. Der bisherige Vorstand des Verbandsausschusses wurde wiedergewählt.

Niemals vergessen!

So haben Hitlers „Kameraden“ gemordet

Aussage des Bruders des ermordeten Arbeiters Pietzuch vor Gericht:

„Darauf ergriffen die Männer meinen Bruder an den Füßen und zerrten ihn aus dem Bett. Ich selbst erhielt einen Schlag auf den Kopf und kehrte mich nach der Wand. Ich habe gehört, daß auf meinen Bruder eine ganze Reihe von Schlägen niedersausten. Dann verlangten die Leute von mir, daß ich mich mit dem Gesicht gegen die Mauer stelle. Ich folgte der Aufforderung. Inzwischen war mein Bruder nach der nahegelegenen Kammer geflohen. Einer der Eindringlinge gab durch die halb offene Kammertür einen Schuß ab, nachdem er mit der Taschenlampe hineingeleuchtet hatte. Darauf hörte ich meinen Bruder noch einige Minuten röcheln. Wenige Minuten darauf hörte ich ein Auto wegfahren. Ich kann genau sagen, daß die Missetatungen an meinem Bruder eine halbe Stunde, und zwar von halb zwei bis zwei Uhr gedauert haben.“

Leichenbefund des Sachverständigen Dr. Weimann:

„Die Leiche hatte im ganzen 29 Verwundungen aufgewiesen, von denen zwei verhältnismäßig gering waren. Besonders schwere Verletzungen wies die Leiche am Hals auf. Die Halsschlagader war vollkommen zerrissen. Der Kehlkopf hatte ein großes Loch. Der Tod ist durch Ersticken eingetreten, da das aus der Halsschlagader sich ergießende Blut durch den Kehlkopf in die Lunge gedrungen ist. Die tödliche Verletzung muß dem Pietzuch beigebracht worden sein, als er auf dem Boden lag. Der Hals zeigt außerdem Hautabschürfungen, die von einem Fußtritt unbedingt herrühren. Außer diesen Verletzungen ist Pietzuch am ganzen Körper zerschlagen. Er hat schwere Schläge mit einem stumpfen Beil oder einem Stock über den Kopf bekommen, und andere Wunden, die so aussehen, als ob mit der Spitze des Billardstockes ihm ins Gesicht gestoßen worden sei.“

„Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“

gen. Adolf Hitler.“

Was sind die Aufgaben der Gewerkschaftsmitglieder im Kampfe gegen die faschistische Diktatur?

Von Walter Ulbricht

Nach dem faschistischen Umsturz in Preußen haben die Unternehmer eine neue Lohnabbauoffensive begonnen. Betriebsräte werden die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Die Tariflöhne sollen herabgesetzt, die Unabhängigkeit der Tarife beseitigt, die Sozialversicherung soll geschlagen und mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht soll eine allgemeine Herabdrückung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt werden. Die SA bereitet sich offen auf die terroristische Unterdrückung dieser Unternehmermaßnahmen vor. Bei den Betrieben werden neue SA-Kasernen eröffnet und in den Betriebszellen-Organisationen der NSDAP wird der Streikbruch vorbereitet. Aber der Bundesvorstand des ADGB rührt sich nicht gegen die neue Unternehmeroffensive und den Angriff der faschistischen Papen-Regierung, er predigt „Ruhe und Ordnung“ und bereitet die enge Zusammenarbeit mit Papen, Schleicher vor. Statt die Straftat der Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren, appelliert er an Sündenböcke und das Parlament. Gleichzeitig trafen die Gewerkschaftsleitungen, ohne vorher die Mitglieder zu befragen, Lohnabbauvereinbarungen für Hunderttausende von Arbeitern. So darf es nicht mehr weitergehen! Die Gewerkschaften wurden von den Massen der Gewerkschaftsmitglieder aufgebaut, damit sie den Kampf führen, um die täglichen Interessen der Arbeiter mit dem Ziele des Sozialismus. Vor allen Gewerkschaftsmitgliedern steht die Frage: Was ist zu tun im Kampf um Brot und Arbeit, gegen die faschistische Diktatur?

Wie wehren wir uns gegen Abbau der Löhne?

In den nächsten Wochen laufen die Tarife für zwei bis drei Millionen Arbeiter ab. Aber schon jetzt, täglich werden die Verdienste herabgedrückt und die Arbeitsbedingungen durch Abbau der Zulagen, der Urlaubsbezahlung aufs neue verschlechtert. Die Unternehmer fordern Freiheit für den Lohnabbau und freiwillige Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Aber die schrittweise Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Gegen diesen neuen Unternehmerangriff, der durch die Unterdrückungsmaßnahmen der faschistischen Papen-Regierung unterstützt wird, muß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiter in allen Betrieben mobilisiert werden. Wer den faschistischen Angriff auf die Löhne zurückzuschlagen will, der muß die Kämpfe vorbereiten. D.h. Widerstand gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in jeder Betriebsabteilung. Protestaktionen im Betrieb und Gewerkschaften gegen die Unternehmerpläne, gegen jeden Lohnabbau und die Notverordnungen der Papen-Regierung. Aufstellung der Arbeiterforderungen zur Abwehr aller Verschlechterungen in den Betrieben und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Wahl vorbereitender Kampfausschüsse oder Einheitsausschüsse sind notwendig. Je mehr organisierte und unorganisierte Arbeiter unter Leitung des selbstgewählten Ausschusses im Betrieb erfaßt werden, um so erfolgreicher wird der Kampf geführt. Jetzt müssen die einzelnen Zahlstellen der Gewerkschaften durch die Tat beweisen, daß sie den Kampf für die Arbeiterinteressen und gegen den Faschismus führen.

Warum müssen die Gewerkschaftsmitglieder gegen die faschistische Papen-Regierung kämpfen?

Weil die Papen-Regierung durch ihre faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, durch die Legalisierung der SA, die als Regierung der faschistischen Diktatur im Interesse des Großkapitals erwählt (faschistische Umsturz in Preußen, Gerichtsverteilung gegen kommunistische und Reichsbannerarbeiter, Stützgerichte, Versammlungsverbote usw.) Hitler wurde nicht Ministerpräsident, gerade im Interesse der Konzentration der faschistischen Kräfte gegen die Arbeiterklasse. Die Faschisten, die eine Regierung mit Hitler an der Spitze einen ungeheuren Aufruhr der Arbeiterklasse herbeiführen und breite Arbeiterkreise in gemeinsamer Kampffront zusammenschließt, hat die Schwermisere veranlaßt, die Koalition des Zentrums und der Nazis aufzuheben, um damit die Arbeiterklasse leichter spalten zu können und mit Hilfe des Zentrums nicht nur die christlichen, sondern auch die freien Gewerkschaften besser an die Hand nehmen zu können. Im Interesse des Kampfes gegen den Lohnabbau, gegen die Verschlechterung des Tarifvertrages und der Sozialversicherung, muß nun erst recht die Einheitsfront der Arbeiter geschlossen werden, nicht nur gegen die Papen-Regierung, sondern auch gegen jene, die verantwortungsvolle Opposition“ und das „Kampf der Nazis“ predigen. Feuertauch selbst die Taten der Papen-Regierung und legt auch nicht vom Kampf gegen die faschistische Diktatur abhatten durch das sozialdemokratische Gerede, die Papen-Regierung sei ein „kleineres Übel“. Wer das behauptet, der will die Arbeiterklasse entwarnen und den Diktator der Papen-Regierung gefällig machen. Deshalb ist es um so notwendiger, in allen Gewerkschaftsorganisationen alle Kräfte für Kampfmaßnahmen gegen Lohnabbau, Raub der Mitgliederrechte und gegen die faschistische Unterdrückung zu mobilisieren.

Wie verhindern wir den faschistischen Streikbruch?

Nach neuen SA-Mordhandlungen in den Betrieben auf. In der Nähe der Betriebe werden immer mehr SA-Kasernen als Organisationszentren des Streikbruchs geschaffen. Wer den Kampf gegen den Lohnabbau und gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen will, der muß auch für die Enttarnung der SA-Mörder aus den Betrieben und für die Abschließung der SA-Kasernen kämpfen, um rechtzeitig den Streikbruch unmöglich zu machen. In mehreren Betrieben wurde bereits durch Proteststreiks die Enttarnung der Notverordnungsstellen aus den Betrieben erzwungen. Viele nationalsozialistische Anhänger haben aber bisher geglaubt, daß Hitler den Kampf gegen das „System“ für den Sozialismus führe. Alle Gewerkschaftsmitglieder müssen jetzt mithelfen, damit in allen Betrieben eine große ideologische Offensive gegen die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation geführt wird. Tragt die Mitglieder der Betriebszellen-Organisation, warum Hitler den Faschismus gestiftet hat:

Der wahre Unternehmer muß mit seinen Preisen bis an die untere Grenze gehen, muß keine Arbeiter gut entlohnen.

Warum unterstützt Hitler den Lohnabbau und läßt den Großkapitalisten die Dividende und Lohntiemen?

Warum unterstützt er den Tributvertrag von Lausanne, der die Weltkriegen zusammen mit der privaten Schuldzahlung jährlich mit 10 Milliarden belästet?

Warum kämpft die SA gegen Betriebsarbeiter, aber niemals gegen Millionäre und Antreiber? Laßt nicht loder! Entlarvt überall die NSDAP als Partei des Großkapitals. Dazu ist aber eine grundsätzliche Stellungnahme gegen die Isolierungspolitik, gegen die Brüning- und Papen-Notverordnungen, wie gegen das kapitalistische Ausbeutungs- und Herrschaftssystem überhaupt notwendig.

Was heißt Arbeitsbeschaffung?

Kampf um die Arbeitsbeschaffung, das heißt für jedes Gewerkschaftsmitglied, vor allem Kampf gegen jede Entlassung, gegen jeden Lohnabbau, der ja die Kaufkraft der Werktätigen weiter sinkt, für Siebenfundentag und 40-Stunden-Woche mit vollen Lohnausgleich. Dieser Kampf um die Arbeitsbeschaffung kann nur gegen den Willen der faschistischen Regierung geführt werden. Auch die Bewilligung von Mitteln für Belebung des

Wohnungsbaues, Verkehrsbaues und dergleichen, kann nur das Ergebnis des Kampfes sein. Nur unter dem Druck des gemeinsamen Kampfes der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter werden Regierung und Behörden Mittel bewilligen. Wenn Theodor Leipart im „Berliner Tageblatt“ sagt:

„Das neue Kabinett hat noch keine Zeit gefunden, sich um die Arbeitsbeschaffung ernstlich zu sorgen“.

So zeigt das wohl ein hartes Vertrauen zur Papen-Regierung, aber gleichzeitig den Versuch, die Illusion zu erwecken, als ob die faschistische Papen-Regierung Arbeiterforderungen bewilligt, ohne den Massenkampf der Arbeiter. Weil der Bundesvorstand des ADGB die Aktivität der Arbeitermassen befürchtet, deshalb kann er nur Verschlüsse machen in der Richtung einer geschickteren Verteilung des Elends der Werktätigen. Die vom ADGB vorgeplante „Arbeitsbeschaffung“ für die „Arbeitsbeschaffung“ führt zweifellos zu inflationistischen Maßnahmen mit einer spekulativen Preissteigerung, die eine weitere Senkung des Reallohnes und des Lebensniveaus der Arbeiter zur Folge hat. Die Gewerkschaftsmitglieder wollen aber nicht inflationistische Entlohnung der Werktätigen, sondern Arbeitsbeschaffung durch Beilegung der Restriktionen, wie es in den Reichstagsanträgen der SPD gefordert wird.

Wie verhindern wir die Zerschlagung der Sozialversicherung?

Durch den Massenkampf gegen jeden Unterstützungsabbau, durch den Massenkampf für Sonderbeihilfen, durch den Kampf gegen die Hauszinssteuer, durch Massendelegationen zu den Behörden, durch den gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen durch die Verknüpfung des Streikkampfes gegen die Unternehmeroffensive in den Betrieben mit dem Kampf der Erwerbslosen gegen den Unterstützungsabbau und gegen Arbeitsdienstpflicht. Deshalb ist es notwendig, daß jedes Gewerkschaftsmitglied hilft, die Einheitsfront der Erwerbslosen zu schmieden, den nationalsozialistischen Einfluß unter den Erwerbslosen dadurch zurückzudrängen, daß jeden antikapitalistisch gestimmten Erwerbslosen, die heute noch an Hitler glauben, durch die Tat bewiesen wird, daß nur die revolutionäre Einheitsfront den Kampf um die täglichen Interessen der Erwerbslosen gegen jeden Unterstützungsabbau führt.

Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse bedeutet Kampf für bessere Arbeitsbedingungen

Versammlungsverbote, Verbot der revolutionären Presse, Sondergerichte und Polizeiverordnungen beweisen täglich jedem Gewerkschaftsmitglied, wie die kapitalistische Klasse durch faschistische Unterdrückungsmaßnahmen die Arbeiter für Lohn- und Unterstützungsabbau gefügig machen wollen, damit die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden. Deshalb liegt der Kampf gegen jede faschistische Unterdrückungsmaßnahme auch im Interesse der Durchsetzung der wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder. Protestbeschlüsse in den Betrieben und Gewerkschaften gegen die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen (Urteile, Sondergerichte, Verhaftungen, SA-Terror usw.), wie Massenfundgebungen, Protestaktionen während der Arbeitszeit, Proteststreiks und Streikbewegungen sind notwendig. Durch die Einsetzung der Kraft jedes einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes muß der Massenkampf für die Freiheit der Arbeiterklasse in jeder Betriebsabteilung geführt werden.

Was lehrt der 20. Juli für alle Gewerkschaftsmitglieder?

Der faschistische Umsturz in Preußen am 20. Juli war nur möglich, weil die faschistische Papen-Regierung wußte, daß die Führer der Gewerkschaften die ganze Macht des Apparates einsetzen würden, um Massenstreikbewegungen zu verhindern. Die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition reizen zum Massenstreik auf und stellten öffentlich die Frage an den ADGB, ob er in dieser entscheidenden Stunde zum Massenstreik bereit sei. Derselben Führer des ADGB, die gestern gepredigt hatten, „gebt uns die Macht“, waren damit einverstanden, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, Severing und Geyffert vor einem Leutnant mit ein paar Mann davonliefen, während Braun vorwärts halber in Urlaub war. Die offene Frage der KPD und KGD an den ADGB zeigte, daß für uns die Klasseninteressen der Arbeiter der höchste Gebot unserer Politik sind. Wir haben nicht die Frage organisationalsmäßig gestellt, sondern haben uns nur von einem Gedanken leiten lassen, alle Kräfte der proletarischen Klasse zum gemeinsamen Kampf zusammenzufassen. Der Bundesvorstand des ADGB antwortete darauf, indem er die Gewerkschaftsmitglieder, die für den Massenstreik eintraten, als „Propagatoren“ bezeichnete. Feindtätig konnte der General Rundstedt erklären, daß auch der ADGB gegen den Massenstreik sei.

Das ist die wichtigste Lehre des 20. Juli, daß die Gewerkschaftsmitglieder selbst den Kampf um ihre Interessen führen müssen. Die Führer des ADGB werden sich höchstens dann für die Unterstützung einer Kampfmaßnahme erklären, wenn die Arbeiter bereits im Streik stehen. Deshalb ist die Streikvorbereitung Sache der Gewerkschaftsmitglieder und aller Arbeiter selbst. Wenn es am 20. Juli in den wichtigsten Großbetrieben bereits Einheitsausschüsse gegeben hätte, wie sie sich schon in Teilkämpfen gegen Unternehmer und Faschismus bewährt haben, dann hätte eine führende Kraft im Betrieb bestanden, die in der Stunde des faschistischen Umsturzes in Preußen sofort alle Kräfte der Arbeiter zum gemeinsamen Kampf zusammenfaßt und in den Kampf geführt hätte. Der 20. Juli hat aber gleichzeitig den Zweck des Burgfriedenangebots der ADGB-Führer enthüllt. Durch die Forderung, die Arbeiter und Kommunisten sollen die Gewerkschaftsführung nicht angreifen, wollten sie die rechtzeitige Enttarnung des verräterischen Treibens des Bundesvorstandes ver-

hindern, die Illusion erwecken, als ob die sozialdemokratischen Führer kämpfen, damit sie im entscheidenden Augenblick um so leichter den Massenkampf verhindern können. Der 20. Juli hat aufs neue bewiesen, daß die Lösung des ADGB „Staat greif zu“ eine Forderung im Interesse der kapitalistischen Klassen herrschaft ist und daß die Erklärungen des Bundesvorstandes, die Arbeiter sollen den Schutz gegen den Mordfaschismus der Polizei überlassen und das Urteil des Staatsgerichtshofes abwarten, nur im Interesse der Feinde der Arbeiter war.

Welchem Zweck dient das Rettungsprogramm des ADGB?

In einer Situation, wo der gemeinsame Kampf der Arbeiter, die Organisation des Kampfes gegen die faschistische Diktatur auf der Tagesordnung stand, veröffentlichte der Bundesvorstand sein Rettungsprogramm zu dem offensichtlichen Zweck, abzulenken vom Kampf der Einheitsfront der Arbeiter gegen Unternehmerangriff und faschistische Unterdrückung. Ausgerechnet nach dem faschistischen Umsturz in Preußen fordern SPD und ADGB, von der faschistischen Regierung die „Sozialisierung der Schlüsselindustrie und die Enteignung der Großgrundbesitzer“, selbstverständlich gegen „angemessene Entschädigung“. Als ob die Arbeiter gegenwärtig keine anderen Sorgen haben, als die Großindustrie und Kräfte jenseitig zu entschädigen, Appell an Staatsgerichtshof oder an die Regierung, das ist das ganze ABC des Bundesvorstandes des ADGB. Die wichtigste Forderung im ganzen Rettungsprogramm ist die Subventionierung der großkapitalistischen Unternehmer, angeblich im Interesse der „Verstaatlichung“. Das bedeutet aber keine Einschränkung der kapitalistischen Herrschaft, sondern umgekehrt, diese Subventionspolitik zeigt das immer engere Verwachsen des Finanzkapitals mit dem Staatsapparat, verstärkt den direkten Einfluß des Finanzkapitals für den Staatsapparat, was auch zum Ausdruck kommt in der Forderung der Großindustrie auf beschleunigte Durchführung der Reichsreform. Diese „Verstaatlichung“, die als „Weg zum Sozialismus“ verherstet wird, ist nichts anderes als eine Diskreditierung des Sozialismus. Es ist kein Zufall, daß die Nazis im wesentlichen mit dieser Forderung einverstanden sind. Wenn die Forderung auf „Verstaatlichung“ nichts anderes ist, als die Tarnung des direkten Einflusses des Finanzkapitals auf den Staatsapparat, so ist für den Bundesvorstand des ADGB, diese Politik gleichzeitig ein Mittel, sich in diese faschistische Entwicklung einzufügen und den Gewerkschaftsapparat unter der Maske des schrittweisen „Hineinwachsendens in den Sozialismus“, in den Dienst der faschistischen Wirtschaftspolitik zu stellen. Die Erfahrungen der Gewerkschaftsmitglieder mit der Unterstützung der „Rationalisierung“, der „staatlichen Regelung des proletarischen Schicksals“ (Hitlerding) durch Notverordnungen, der „Preislenkungsaktion“, der Bankkontrolle, der „Verhinderung der faschistischen Diktatur durch die Hindenburgwahl“ usw., müßten eigentlich genügen, daß die Gewerkschaftsmitglieder endlich Schluß machen mit dieser kapitalistischen Rettungspolitik, indem sie in allen Gewerkschaften ihre Kampfmaßnahmen für die Durchsetzung ihrer Lebensinteressen beschließen und gegen das kapitalistische Rettungsprogramm des ADGB Stellung nehmen.

Wie kann die Kampfkraft der Gewerkschaftsmitglieder gegen Unternehmerangriff und Faschismus eingesetzt werden?

Dadurch, daß die Gewerkschaftsmitglieder in den Besessenschaftsversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen selbst über die weiteren Kampfmaßnahmen entscheiden und sich nicht wie am 20. Juli auf den Bundesvorstand des ADGB verlassen. Vor allem kommt es darauf an, in jeder Betriebsabteilung jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch sofortige gemeinsame Kampfmaßnahmen abzuwehren. Wenn alle Gewerkschaftsmitglieder, die für den Kampf gegen die Kapitaloffensive sind, die nicht einverstanden sind mit der sozialdemokratischen Kapitulationspolitik des 20. Juli, gemeinsam in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen auftreten und beschließen, wie die Kampfmaßnahmen gegen Lohnabbau und faschistische Unterdrückung vorbereitet durchgeführt werden sollen und selbst einen Kampfausschuss wählen, dann erfüllen sie ihre gewerkschaftliche Pflicht. Die Gewerkschaften sind von den Gewerkschaftsmitgliedern aufgebaut, deshalb müssen auch die Gewerkschaftsmitglieder selbst bestimmen, welche Kampfmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durch Diktatormaßnahmen das verhindern wollen, dann ist es Sache der Mitglieder, das Bestimmungsrecht der Mitglieder, die proletarische Demokratie wiederherzustellen, die eine Garantie dafür gibt, daß durch die Beschlußfassung der Arbeiter selbst die unteren Organisationen in der Tat den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen. Wo die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Einberufung von Gewerkschafts- oder Betriebsversammlungen verhindern, dort ist es die Aufgabe jedes einzelnen laienbewußten Gewerkschaftsmitgliedes, seine Kraft einzusetzen, daß auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer die Gewerkschaftsversammlungen einberufen werden, damit die Gewerkschaftsmitglieder selbst über die weiteren Kampfmaßnahmen entscheiden können. Zweifellos werden die Gewerkschaftsleitungen versuchen, die ganze Macht ihres Apparates einzusetzen, um die Stellungnahme der Mitglieder und die Einsetzung von Kampfmaßnahmen gegen die faschistische Diktatur zu verhindern. Dem kann nur erfolgreich entgegen gewirkt werden, wenn sich alle kampfgewillten Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb und in der Gewerkschaft zu Oppositionsgruppen zusammenschließen. Wenn so die Gewerkschaftsmitglieder ihre Geschäfte in die eigenen Hände nehmen, dann wird kein faschistischer Schlichter und kein Siemens imstande sein, ihre Lohnabbaumaßnahmen durchzuführen. Die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter wird den Unternehmerangriff und die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen siegreich zurückzuschlagen und die Offensive im Kampf um den revolutionären Ausweg für eine Arbeiter- und Bauernrepublik entfalten.

ALLE BETRIEBSKOLLEGEN ERWERBSLOSEN GEWERKSCHAFTSKOLLEGEN ARBEITERSPORTLER
opferbereit für den Kampffonds
der Antifaschistischen Aktion



DWB.-Verbandstag für „freiwilligen“ Arbeitsdienst

Eine Resolution gegen den Kampf der Metallarbeiter — Arbeiter werden von den Tribünen geworfen — Gewerkschaftsbeamter erklärt: Wenn nicht die Beitragsfrage wäre, dann brauchten wir den Verbandstag nicht!

Nach dem Referat von Brandes wurde auf dem DWB.-Verbandstag eine Resolution angenommen, die ganz im Sinne dieses Referats lag. Auch an ihr ist das Charakteristische, daß sie allen Fragen der Kampforganisation schamhaft aus dem Wege geht. Dafür heißt es:

„Es war und ist Pflicht der Verbandsleitung, alle Maßnahmen zu unterstützen, die der Sicherung der mit der Demokratie verbundenen Rechte und Freiheiten und der Demokratie selbst dienen.“

Wahrscheinlich war nach der Auffassung der Verfasser dieser Resolution die Kapitulation der Gewerkschaftsführer am 20. Juli auch eine Maßnahme zur Sicherung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse.

Geradezu als Hohn muß es wirken, wenn in der Resolution die Aufhebung des Lohn- und Unterstützungsabbaues, der Rentenerhöhungen, Steuererhöhungen usw. „gefordert“ wird. Von wem eigentlich gefordert? Die DWB.-Führer — das zeigt auch diese Resolution mit aller Deutlichkeit — denken nicht daran, die Arbeiter zum Kampf um diese Forderungen zu mobilisieren. Und sie selbst werden wohl kaum annehmen, daß die Herren Papen und Co. diese Forderungen einfach um der schönen Augen der Herren Brandes, Ulrich usw. erfüllen werden. Diese „Forderungen“ sollen auch nichts weiter als die Plattform abgeben, um in einem anderen Satz zu behaupten, die Stärkung des DWB. sei die wahre Herstellung der Einheitsfront aller Metallarbeiter. Das schreiben dieselben Führer, die Tausende der besten klassenbewußten Kollegen aus dem Verband hinausgeworfen haben, deren ganze Sorge, der wütende Kampf gegen die revolutionäre Opposition ist.

Freiwillige Arbeitsdienstkommissare

Ein Faustschlag ins Gesicht aller DWB.-Mitglieder aber ist der Abfall der Resolution zum „freiwilligen“ Arbeitsdienst. Dort fordern die DWB.-Führer nicht mehr und nicht weniger als ihre Einschaltung in die Leitung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“. Das heißt im selben Augenblick, wo es das Bestreben der Unternehmer, der Nazis und der Papen-Regierung ist, in den Arbeitsdienstlagern eine Lohndrückerarmee aufzubauen, bieten sich die Gewerkschaftsführer zur Mitarbeit bei dieser Aufgabe an. In der Diskussion über diesen Punkt brachte man es sogar fertig, die „verschwommene Haltung der KPD. zu brandmarken“. Verschwommene Haltung, das waren die Bejwörter des Arbeitsdienstes zu erklären angesichts der Tatsache, daß es die Kommunisten sind, die die Jugendlichen in den Arbeitsdienstlagern zum Kampf um Tarifsöhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen aufrufen.

Das wahre Gesicht der Bürokratie

Ueber den dritten Verhandlungstag am 24. August berichtet unser Sonderkorrespondent:

Einige Vorkommnisse am dritten Verhandlungstag charakterisieren mit aller Deutlichkeit den Inhalt dieses DWB.-Verbandstages. Wie ernst es den Gewerkschaftsführern mit den brennenden Fragen aller Metallarbeiter ist, das bewies der Berichterstatter der Statutenkommission Nett aus Hamburg, als er sagte:

„Wenn wir nicht zu den Beitrags- und Unterstützungsfragen Stellung zu nehmen brauchten, dann brauchten wir den ganzen Verbandstag nicht.“

Hier erhob sich bei den wenigen Arbeitern, die als Gäste auf der Tribüne anwesend waren, Entrüstung. Einige Kollegen machten Zwischenrufe. Da wurden sie rücksichtslos auf die Straße geschickt. Und als sich später ein Delegierter beschwerte, daß keine Platzkarten an Arbeiter verteilt worden sind, obwohl die Tribünen fast unbesetzt sind, antwortete Strobel:

„Wir sehen uns alle Leute genau an und wir denken nicht daran, einem jeden Gastkarten zu geben.“

Ein alter Metallarbeiter, der seit 12 Jahren Mitglied der

KPD. ist, war darüber so empört, daß er sagte: „Ich sehe nun ein, daß unsere Führer durchaus verbürgerlicht sind.“

Das „Rettungs“-Programm

Der dritte Tagesordnungspunkt, das Referat von Reichel über „Neuordnung der Wirtschaft“ war in eineinhalb Stunden erledigt. Eine Diskussion fand nicht statt. Dabei entschloß sich ein Sach, der ein bezeichnendes Licht auf den wahren Inhalt des „Umbauprogramms“ des DWB. wirft:

„Wir müssen Ordnung zu schaffen versuchen in das privatkapitalistische System.“

Damit ist offen ausgesprochen, daß das angebliche „Umbauprogramm“ nichts weiter ist, als ein neuer Rettungsversuch für den kranken Kapitalismus, daß auch mit ihm die Parole Tarnows fortgesetzt wird: „Wir müssen Ärzte des kranken Kapitalismus sein.“

Seine Weisheit faßte Reichel zusammen in dem Satz:

„Nur das schrittweise Vorgehen ermöglicht den Sieg des Sozialismus.“

In dieser Erkenntnis wird er nicht gestört durch die Tatsache, daß das „schrittweise Vorgehen“ der Gewerkschaftsführer den Arbeitern schrittweise die Segnungen der faschistischen Diktatur beschert hat.

Eine längere Debatte rief die Verhandlung der Anträge über Beitrags- und Unterstützungsfragen hervor. Fast alle Delegierten aus den Betrieben forderten eine Beitragsherabsetzung und betonten, daß die Arbeiter in den Betrieben dies verlangten. Ihnen käme es nicht auf die Unterstützung, sondern auf den Kampf an. Die Angestellten des Verbandes sprachen gegen eine Herabsetzung.

Bei der Abstimmung stimmten 25 Delegierte gegen die Vorlage des Vorstandes. Die Beiträge bleiben also wie bisher.

Weiterhin ist eine

Senkung der Arbeitslosenunterstützung

von 120 Tagen für jeden Bezugsberechtigten auf 107 bis 112 Tagen erfolgt. Die Wartezeit ist von 72 auf 92 Wochen vermehrt worden. Ebenso ist eine Herabsetzung der Sätze um 60 Pf. pro Klasse und Woche erfolgt. Auf Antrag um Aufnahme der Erwerbslosen mit einem Eintrittsgeld von 10 Pf. wurde abgelehnt mit der Begründung, daß dann für die Unterstützung die Mittel nicht ausreichen. Der Vorstand begründete seine Anträge immer mit den Phrasen von späteren Kämpfen und mit einer Gefährdung der Unterstützungseinrichtung.

Die Stimme der Betriebsarbeiter

In den Dortmunder Metallbetrieben hat sich auf die Initiative der Opposition bereits eine lebhaftere Diskussion über den Verbandstag entwickelt. Die Auffassungen der Opposition finden überall Gehör. Viele DWB.-Kollegen sind in dieser Woche der KPD. beigetreten. So konnte in einem Betrieb gestern bereits eine Oppositionsgruppe von 17 Mann geschaffen werden. In Hörde hat die KPD. ihre Mitgliederzahl um 100 Prozent vermehrt. Die Neueingetretenen sind fast ausnahmslos DWB.-Mitglieder.

Die Zugangskarten zum Verbandslokal sind heute morgen mit Lojongen bemalt wie z. B.: „Wir fordern die Aufnahme aller Ausgeschlossenen!“ usw. Ebenfalls wurde gestern an alle Delegierten ein offener Brief der KPD.-Industriegruppe Metall verteilt, worin der Inhalt des DWB.-Verbandstages, wie wir ihn aufgezeigt haben, dargelegt wurde, gegen die gemeine Antifaschistenhege Stellung genommen und die Metallarbeiter zum gemeinsamen Kampf aufgefordert wurden.

Wieder Streikflüge gegen Lohnräuber

Sächsishe Textilarbeiter erzwingen die Zurücknahme der Lohnabbaupläne der Unternehmer

Chemnitz, 24. August (Eigene Meldung). Die Belegschaft des Textilbetriebes Liebermann in Falkenau hat wiederum ein Beispiel des erfolgreichen Kampfes gegen die Offensive der Textilbarone gegeben. Vor einigen Tagen hat die Belegschaft durch einen einständigen Streik Rationalisierungsmaßnahmen der Firma abgewehrt. Jetzt haben die Textilarbeiter von Liebermann erneut einen Lohnabbauangriff des Unternehmers mit der Waffe des Streiks zurückgeschlagen. Die Firma versuchte bei den Akkordlöhnen einen Abbau bis zu 20 Prozent durchzuführen. In einer Abstimmung erklärten sich 85 Prozent der Belegschaft gegen die Lohnabbaupläne.

Da die Unternehmer auf ihre Forderung bestanden, nahm die Belegschaft am 22. August nach der Mittagspause die Arbeit nicht wieder auf, sondern blieb im Speiseaal. Gemäß einem Beschluß, nach welchem Verhandlungen mit dem Unternehmer nur mit dem Betriebsrat und nicht mehr allein mit dem DWB.-Vertretern geführt werden dürfen, forderte die Belegschaft das Erscheinen des Generaldirektors, um selbst mit ihm zu verhandeln. Die Verhandlungen, mit dem von der Direktion gesandten technischen Direktor blieben ergebnislos.

Die Belegschaft blieb trotz der Androhung der sofortigen Entlassung weiter im Speiseaal und verharrete in passiver Resistenz. Angesichts dieses geschlossenen Widerstandes wichen die Unternehmer zurück. Der Generaldirektor teilte der Belegschaft mit,

daß die Firma den angekündigten Lohnabbau vorläufig zurücknehme.

Glänzender Streikflieg

Samburg, 24. August. Gestern wurde in einer Belegschaftsversammlung der streikenden Arbeiter der Firma Agien mit der Direktion verhandelt und festgestellt, daß die Löhne, die früher 81 bis 86 Pfennig betragen, auf 1,10 Mark erhöht werden. Die Löhne der Jugendlichen werden auf 68 Pfennig gegenüber früher 48 Pfennig festgelegt. Die Belegschaft verlangte von der Direktion die schriftliche Bestätigung, die auch ohne weiteres bewilligt wurde. Heute früh versammelte sich die gesamte Belegschaft vor dem Betrieb. Der Betriebsrat ging hinein und forderte, daß der Polizeischutz sofort verschwinden müsse, sonst würde die Arbeit nicht aufgenommen werden. Darauf wurde umgehend die gesamte Polizei zurückgezogen. Eine Abordnung der Belegschaft ging während der Arbeitszeit zur Direktion und stellte die Forderung, daß die Urlaubsgelder sofort ausgezahlt werden müssen, anderenfalls werden die Arbeiter sofort wieder in den Ausstand treten.

Bei Mend und Hambrod wird ungebroschen weitergejüret. Es gelang den Streikposten, heute früh die Nazistreiberecher abzufangen und nach Hause zu schicken.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

22. Fortsetzung

XXI.

„Diktatur“ und solcher Kram

Die Tage gingen vorbei. In den Leuten erwachte ein freundlicheres Gefühl gegenüber der Sowjetunion. Sie fingen an, zu begreifen, die Sowjetunion ist kein Paradies, aber die russischen Arbeiter schaffen für eine gute Sache und fahren gar nicht schlecht dabei.

Tag nahm Ned und den Schweden eines Tages mit hinüber zur Hafenarbeiterkantine. Dort verbrachten sie unter vielem Geklapper ihre Zeit mit den Arbeiterinnen und lernten russische Niederlagen.

Fitts und Barney erzählten von den großartigen russischen Kinos.

„Nicht sentimentale Liebesgeschichten! Da gibt es Filme, die einem was zu denken geben!“

Der Pole war mit seiner Sonja im siebenten Himmel. Jede Nacht ging er zu ihr an Land. An solchen Dingen hatte auch Blach Geschmack gefunden. Er entwickelte sich zum Anhänger der Genossen, die den Polizeifaktor im Interklub inne hatte. Sie las gern amerikanische Romane, und er versprach ihr, nächste Reise einige Bücher von Jack London mitzubringen.

Gegen Ende ihrer Liebeszeit kam eines Abends ein Amerikaner an Bord. Es regnete, und niemand war an Land gegangen. Nun

entspann sich eine Unterhaltung mit dem Amerikaner, der sich einen richtigen russischen Schnurrbart herangezüchtet hatte, in der Sowjetunion verheiratet war und schon ein Kind hatte. Er arbeitete als zweiter Steuermann auf einem der Sowjet-Drachtdampfer.

„Wie bist du herübergekommen?“ fragte Stanley.

„Das ist eine lange Geschichte. Der eigentliche Grund war, ich wollte mir die Sache hier einmal ansehen. Aber es gab auch eine Zeit, wo ich weder von der Sowjetunion noch vom Kommunismus etwas wissen wollte, und das ist noch gar nicht so lange her. Nur vier Jahre zurück, da war ich ebenso wie alle anderen Johnnys in den Staaten. Billard und Kino und ein Horizont, der bei der Nasenspitze aus war. — Erwerbslos, halb verhungert und heruntergekommen, geriet ich eines Tages in Newyork in eine rote Demonstration. Da ich nichts zu tun hatte, blieb ich dabei und hörte zu. Ich wußte damals noch nicht einmal, warum die Arbeiter am 1. Mai demonstrieren.“

„Ich weiß es heute noch nicht“, bemerkte Stanley.

„Die Maidemonstration wurde eigentlich zuerst in den Staaten eingeführt. Ungefähr 1886, als die amerikanischen Arbeiter anfangen, für den Achtstundentag aufzumarschieren. Nicht lange danach wurde der 1. Mai auf der ganzen Welt anerkannt als der Tag des Streiks für den Achtstundentag, des Streiks gegen den Kapitalismus überhaupt. Der Mattag wurde zu einem der wichtigsten Kampftage des Proletariats.“

„Mein Gott!“ bemerkte der Professor. „Sie sprechen ja selbst wie ein überzeugter Bolschewik!“

„Bin auch einer! Und ich werde dir erzählen, wie ich dazu kam. Es war also Mattag in Newyork. Ich stand da herum mit tausend anderen und hörte zu, was die Redner zu sagen hatten. Plötzlich knüpelt die Polizei die Ansammlung auseinander, und einer von diesen Hundern schlägt mich dabei auf die Kolosnuß.“

Die Zuhörer lachten.

„Well, diese Prügelei weckte mich auf. Ich bin in den Staaten geboren und ebenso mein Vater, ein Brückenbauer, der die Staaten für das Lieblingsland Gottes hält. Ich selber auch, bis der Polizeiknüppel mir eine andere Weisheit einbläute und die Hungertage auf den Straßen diese Weisheit festigten. Ich las nun radikale Zeitungen. Ich fand Interesse, hörte allerhand Geschichten über Rußland, und so entschloß ich mich, meine eigenen Augen urteilen

zu lassen. Ich hatte Steuermannspatent, fuhr aber als Matrose hierher und blieb!“

„Wie lange bist du jetzt hier?“ fragte Stanley.

„Ueber drei Jahre! Ihr könnt mir glauben, damals war es ein härteres Leben als heute. Der Fünfjahrplan wurde gerade in Angriff genommen, und das kostete allerhand Knochenhaft. Tag und Nacht haben wir gearbeitet, haben manchmal nichts gegessen. In einem Jahr habe ich 28 Pfund abgenommen. Heute bin ich ein Udark!“

„Was zum Teufel ist denn das?“

„Ein Stohbrigadler!“ Jackson zog stolz seine Ausweiskarte hervor. „Da seht ihr, daß ich einer vom Stohtrup bin. — Und dies hier, das ist mein Parteibuch.“

Die Leute schauten zu ihm auf. Jackson machte Eindruck auf sie.

„Ich habe sogar schon einmal einen Preis für gute Arbeit bekommen, eine Reise nach dem Schwarzen Meer! Drei Monate lang mit Frau und Kind, bei voller Bezahlung! — Es gibt andere Arbeiter, die den Lenin-Orden haben, das höchste Ehrenzeichen in der Sowjetunion, das aber nur Arbeitern verliehen werden kann!“

„Bei Christus!“ fuhr Stanley auf. „Kann einen das nicht hochbringen, wenn man bedenkt, daß wir wie die Hunde behandelt werden?“

Eine Minute schwiegen sie. Gunnar brachte Jackson eine Tasse Kaffee. Jackson drehte seine Schnurrbartspitzen nach oben und trank. Dann fragte er:

„Wie sieht's in den Staaten aus?“

„Außig!“ brüllte die Mannschaft im Chor. Jeder führte etwas anderes an. „Keine Arbeit!“ „Lohn dauernd abgebaut!“ „Weber-All Ermittlungen!“ „80 000 Seeleute an der Beach!“ „Jeden Tag mehr Selbstmorde!“ „Man hört sogar, daß Frauen, um nicht zu verhungern, Katzen und Hunde locken!“ „Ja, und ich habe gesehen, wie sie in Southstreet alten, gammeligem Fisch aus den Müheimern sammelten.“

Jackson lächelte bitter:

„Alles in Gottes eigenem Hand, was?“

(Fortsetzung folgt)

Achtung! Verlosung!

Wir machen alle Verkungen darauf aufmerksam, daß alle Lose für die Verlosung „Arbeiter-Literatur greift an!“ bis zum 31. August an die Bezirksstelle eingesandt sein müssen. Spätere Einsendungen werden nicht mehr berücksichtigt bei der Aushandlung der Gewinne. Vbt. Lit.

Monistische Gemeinde

Unter freier Leitung Unterricht der Kinder ist nach den Ferien wieder aufgenommen worden. Nachstehend veröffentlichen wir den Unterrichtsplan: Schule Waterloo-Str. 4. und 5. Schuljahr. Dienstag: 15,30 Uhr, 6. und 7. Schuljahr. Dienstag: 16,30 Uhr, 8. Schuljahr. Montag: 15,15 Uhr. Schule Rejener Str. 4. und 5. Schuljahr. Freitag: 15,30 Uhr, 6. und 7. Schuljahr. Freitag: 16,30 Uhr, 8. Schuljahr. Donnerstag: 15,15 Uhr. Schule Jüngerl. 4. 5. und 6. Schuljahr. Donnerstag: 17,30 Uhr, 7. und 8. Schuljahr. Donnerstag: 18,30 Uhr. Lehrgang für Mädchen: 4. und 5. Schuljahr. Mittwoch: 15,30 Uhr, 6. und 7. Schuljahr. Mittwoch: 16,30 Uhr, 8. Schuljahr. Montag: 17,30 Uhr.

Da zur Jugendbewegung einjähriger Unterrichtsbefuch Bedingung ist, bitten wir die Kinder zum pünktlichen und regelmäßigen Besuch anzuhalten. Mit den regelmäßigen Sonntagsvorlesungen wird auch wieder begonnen. Unser Sprecher und Lehrer, Genosse Wachel, hat im

zweiten Jahr seiner Tätigkeit unter anderem folgende Themen behandelt: „Philosophie von gestern und heute.“ „Zur Dialektik der Freiheitsbewegung.“ „Ziele des Sozialismus.“ „Wissenschaftliche Weltanschauung.“ „Wandlungen des Weltbildes.“ „Wach: als Freiheitskämpfer.“ „Kritik der Erziehung.“ „Mund um Einem.“ „Rege der Erkenntnis.“ „Der Kampf um das Leben.“ „Darwin und Oswald zum Gedächtnis.“

Die Monistische Gemeinde als freigeistige Kulturorganisation ist auch weiterhin bemüht, dem Proletariat das Wissen der atheistischer und sozialistischer Weltanschauung zu übermitteln. Durch Umrahmung der Vorträge mit Liebern seitens des Gemeindefors „Bildungsfranz“, Mithras des M.Z., Sprechbüchsen der Monistischen Jugend, sowie musikalischen Vorträgen und Rezitationen, werden dieselben zu freigeistigen Sonntagsfesten ausgestaltet.

Welchzeitig machen wir auch auf unsere Feuerbestattungsstelle im W.G. aufmerksam, welche in der Hauptklasse zum Beitrag von 40 Pf. monatlich die Bestattung unserer Mitglieder übernimmt. Da mehrere Vorträge für die Mitglieder kostenlos sind, bitten wir, die uns noch fernstehenden Gemeindegemeinschaften unserer Gemeinde beizutreten, um der freigeistigen Sache zu dienen. Der Vorstand.

NSR. Rot-Weiß fährt am Sonntag nach Reife. Die Abfahrt erfolgt früh 7 Uhr, vom Striegauer Platz. Es sind noch einige Plätze frei, sobald sich noch Schlachtenbummler melden können. Fahrpreis beträgt 1,20 Mark.

Deutscher Arbeiter-Mandolinen-Bund Breslau, Abteilung 2. Unser Vereinslokal befindet sich Kupferstraße 2, „Roter Löwe“. Übungsstunden Montag und Dienstag von 20 bis 22 Uhr. Interessenten der proletarischen Kulturbewegung, welche das Mandolinen- und Gitarrespiel beherrschen und am Aufbau unserer Bewegung helfen wollen, melden sich an oben angegebenem Ort. Wir beginnen im Oktober einen Anfängerkurs im Mandolinen- und Gitarrespiel (Laute) nach Noten. Erwachsene und Kinder können daran teilnehmen. Näheres und Meldung wie oben.

Proletens-Wochenspielplan

„Mein Leopold“ mit Max Adalbert und „Drei Tage Liebe“ mit Hans Albert, H. Dorisch. Am Freitag wird im Proleten, Gähligstraße 20, ein beachtenswertes Programm geboten. Zwei Spitzenwerke: „Mein Leopold“ das eine, und Käthe Dorisch mit Hans Albert in einem Filmspiel des Alltags: „Drei Tage Liebe“ das andere. Diese, die „Mein Leopold“ früher im Theater, auf der Sprechbühne sah, werden sich gern auch den Film ansehen.

„Drei Tage Liebe“, ein Filmspiel des Alltags, behandelt die Geschichte der heutigen Zeit. Auch dieser Film wird viel Beachtung finden. Wer sich heute noch einen Kinobesuch leisten kann, dem kann das Programm des Proleten nur sehr empfohlen werden. Sonntag, den 28. August, um 14 Uhr, findet wieder eine Kindervorstellung mit dem Volksstück: „Mein Leopold“ statt.

B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau und Umgegend

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren
Franz Rzehulka
Alsenstraße 48, Ecke Leuthensstraße. 47164

Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56
47911 (2. Haus vom Ring)
Gute Berufskleidung und Wäsche jeder Art

Molkereiprodukte
Milch
Erna Baudis
Friedr.-Wilh.-Str. 80
47660

Paul Fröhlich
Kolonialwaren
Bergstraße 24
47158

Merkur-Drogerie
Leuthensstraße 12-14
empfehlenswert
Drogen, Farben
Lacke, Pinsel
47659

Paul Pusck
Feinkost- und
Molkereiprodukte
sämtl. Kolonialwaren
Friedrich-Wilhelm-Str. 108
47924

Emanuel Ksoll
Molkerei
Breslau 6, Alsenstraße 21
47163

Kolonialwaren, Drehröhle, bei
Bäbge Jöllner
Alsenstraße 55 - Pöpelwitzstraße 25
47905

Brot und Feinbackwaren
bei
Willy Walter
Bärenstraße 12
48075

Kolonialwaren
Lebensmittel
Neugebauer & Krumpelt
Langegasse 56
48071

Möbel und Polsterwaren
zu niedrigsten Preisen
Meta Meister, Anderssenstr. 4
48077

Kolonialwaren, preiswert und gut bei
Josef Walter, Mariannenstr. 21
47919

Fisch-Spezialgeschäft Meta John
Frankfurter Straße 157 Tel. 21 432
Einfach-Bier von Wiesner
47804

Joh. Hammerling
Kolonialwaren
Delikatessen
Grünstraße Nr. 15
47802

Fahrräder u. Reparaturwerkstatt
47190 **Karl Kapelle**, Steinauer Str. 31
Reserviert

Quabis Brot
ist anerkannt gut!
47258

Max Kömmel
Fleischerei - Wurstfabrik
47254 Friedrich-Wilhelmstr. 107

Franke / Lederausschnitte 47657
Friedr.-Wilh.-Str. 31 • Frankfurter Str. 122

Alfred Malinka
Friedr.-Wilhelm-Str. 34
Ecke Dessauer Straße
48074 Molkereiprodukte

Nord-Ost
Kaufhaus Loewe 48252
Fürstenstraße 2, Ecke Brigittental
fabriziert selbst billig und gut

A. Marek
Möbel- und Polsterwarenhau
48253 Klosterstraße 30-32

Lebensmittelhaus
Luise Hertrampt
Schießwenderstraße Nr. 41
48248

Erneuere Dein Heim
durch Lacke - Farben
nur vom Fachmann
Erich Hoffmann, Bohrauer Straße 89
47926

Goldberg
Fleisch- u. Wurstwaren
O. Rothe
Untere Radestraße 2
48079

Uhren-Goldwaren
H. Sander
Liegnitzer
Straße Nr. 38 48080

Fahrräder
Nähmaschinen
Rundfunkgeräte
R. Hänsch
Reparaturen -
48081

Kauf bei Beer
Beer ist billig!
Goldberg, Reiffersstraße 6 48082

Alle Lebensmittel bei
E. Ulbrich Nachf., Oderstr. 44
47501

Kaufhaus
Riesefeld
Ring 9 47502

Kurz-, Weiß- und Wollwaren 47503
Elise Melde, August-Feigestraße 4

Schnellbestellanstalt H. Karpow 47504
Weserstraße 8 Filiale: Märzdorf

Brot- und Feinbäckerei 47505
Richard Gebhardt, Oberstraße 48

Zigarren, Zigaretten, Tabak 47286
Bernhard Mager, Nimptscher Str. 1

Görlitz
Lebensmittel
Feinkost, Wein
Spirituosen
Tabakerzeugnisse
Kohlen
Am Jahreschluss
60
Rückgewähr

Nähmaschinen Dürkopp, Adler, Anker, Viktoria
für Haus und Gewerbe 46653
Sprech-Apparate - Radio
sämtliche Fabrikate gegen erleichterte Zahlungs-Bedingungen
Georg Greulich, Hammerstr. 52

Edeka-Roggenbrot
gibt Kraft
und
Gesundheit
48076
Nur erhältlich in den Edeka-Geschäften!

Erich Vogels Brauerei, Zum großen Meerschliff
1 Minute vom Königsplatz - Tel. 50638 46573
Ausstank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche - Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr

Beerdigungs-Institut
Göbr. Heinrich, Bestattungs-Versicherung
Breslau 1, Klosterstraße 26
Zweiggeschäfte:
Kupferschmiedestr. 31, Webskyst. 4
48099

Gut und billig decken Sie Ihren Bedarf an
Strumpfwaren in der
Chemnitzer Strumpfwarenfabrikation
Niederlage: Gräbschener Str. 38
48072

Herrenstoffe / Reste billig!
TUHLAGER
FRITZ GLOFKE
Breslau 1, Ring 19
48243

Damenhüte kaufen Sie am
billigsten bei
Hulda Siedner
Schmiedestraße 15/16 48246

Foto-Kopieranstalt „Schlesien“
Marius radc 47 48244 Telefon 24286
Entwickelt - Kopiert - Vergrößert
Schnellste und billigste Lieferung

Für die Augen
Heidrich
Optikermeister
Stadtheater gegenüber
48247

Kinderwagen - Bettstellen
Korbwaren
JONAS, Reuschestraße 40
48066

Neuzeitliche Gasapparate
Bequeme Teilzahlg. 47510
Städtische Gaswerke

Schub-Bille Neumarkt 16
empfiehlt sich bestens 48235

Schuhhaus
Ring
Schope
16
47513

Uhren / Ringe / Gold / Silber / Fahrräder
Ankauf Bezeichnung Verkauf
Leihhaus Lachmann
Poststraße 1 48239

An- und Verkauf von Bekleidung,
Möbel und Schuhwaren
Hermann Reinert, Ritterstraße 1
47511

Schuhmacherstr. Franz Jung
Kupferschmiedestraße 43 48242

Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte“
Inh.: Hermann Wittke - Telefon 46127
Zimpeler Straße 37
6 Minuten von der Straßenbahnlinie 1
Angenehme Intimität - für Familien besonders geeignet
Gute Verpflegung - Ausschank von
HAASE-BIER
48087

Waldschlößchen
Friedrich-Ebert-Straße 17-19
Angenehmes Familienlokal
Schöner Saal - herrlicher Garten
48088

Neuzeitliche Gasapparate
Bequeme Teilzahlg. 47510
Städtische Gaswerke

Kaufhaus S. Ritter
47512

Waldschlößchen
Friedrich-Ebert-Straße 17-19
Angenehmes Familienlokal
Schöner Saal - herrlicher Garten
48088

Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Waldschlößchen
Friedrich-Ebert-Straße 17-19
Angenehmes Familienlokal
Schöner Saal - herrlicher Garten
48088

Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Waldschlößchen
Friedrich-Ebert-Straße 17-19
Angenehmes Familienlokal
Schöner Saal - herrlicher Garten
48088

Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Waldschlößchen
Friedrich-Ebert-Straße 17-19
Angenehmes Familienlokal
Schöner Saal - herrlicher Garten
48088

Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Waldschlößchen
Friedrich-Ebert-Straße 17-19
Angenehmes Familienlokal
Schöner Saal - herrlicher Garten
48088

Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Waldschlößchen
Friedrich-Ebert-Straße 17-19
Angenehmes Familienlokal
Schöner Saal - herrlicher Garten
48088

Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Die Antifaschistische Aktion als Waffe im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg

Zur Tagung des Internationalen Kampfkongresses in Amsterdam

Die Tagung in Amsterdam ist ein Auftakt zur größten internationalen Massenmobilisierung der Arbeiter und Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg. Wir halten es für richtig, daß die einberufenden Komitees dem Kongreß zunächst keine weitergehenden Ziele gegeben haben als die Aufmerksamkeit der breitesten Volksmassen auf die Gefahr der imperialistischen Kriege eindringlich hinzuwirken, die Kampfnotwendigkeit und die Kampfmaßnahmen gegen die imperialistische Kriegspolitik aufzuzeigen und schließlich die Kampfverbundenheit in internationaler Solidarität mit ganzer Wucht und Größe zu demonstrieren.

Aber unsere Sache ist, die Bewegung zu fördern und weiterzutreiben und führen zu helfen.

In Genf auf der Abrüstungskonferenz tagten monatelang die Vertreter der imperialistischen Mächte, um gegenüber den klaren Vorschlägen der Sowjetmacht auf wirkliche Abrüstung die Durchführung der imperialistischen Kriegs- und Rüstungspolitik aller imperialistischen Mächte gegeneinander, gegen die unterdrückten und abhängigen Völker und vor allem gegen die Sowjetmacht zu sichern. Der Antikriegskongreß demonstriert den geschlossenen Kampfwillen des arbeitenden Volkes in allen Ländern gegen diese Politik der imperialistischen Kriegstreiber.

Je näher der Termin des Kongresses herangerückt ist, um so stärker ist der Widerhall aus dem Lager der Arbeiter gewachsen. Der größte Teil der Arbeiterdelegationen ist erst in den letzten Wochen zustande gekommen. Die Arbeiterdelegationen werden dem Kongreß das Gepräge geben. Sie werden die Hegemonie des Proletariats gerade auch politisch durchzusetzen haben. Die Einberufer des Kongresses, mit den bekannten französischen Dichtern Henri Barbusse und Romain Rolland an der Spitze, haben die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg bereiten Kräfte unter Voranstellung der Arbeiterklasse und ihres Kampfes mit aller Deutlichkeit bekundet. Die Vorbereitung und Unterstützung dieses Kongresses von Seiten des arbeitenden Volkes in Deutschland ist dabei zweifellos im Widerspruch zu der großen Bedeutung gerade Deutschlands in der jetzigen Lage ungenügend gewesen. Einen um so stärkeren Widerhall muß der Kongreß in Deutschland vor allem in den Betrieben und Gewerkschaften zur Förderung und Steigerung der Antifaschistischen Aktion finden.

Die deutschen Arbeiter aus den Rüstungsbetrieben, aus der Schwerindustrie und Großchemie, die Arbeiterfrauen und Jungarbeiter, die Vertreter der Kriegssopfer und anderer Organisationen des Kampfes gegen den imperialistischen Kriegswahnsinn müssen Verbindungen mit den Vertretern der Werktätigen und ihrer antiimperialistischen und antifaschistischen Organisationen. Diese Verbindungen müssen befestigt und ausgebaut werden auf der Grundlage der Steigerung des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik und für den Kampf um die nationale und soziale Befreiung des deutschen werktätigen Volkes in engster Verbundenheit mit den gewaltigsten Klassenkämpfen in den anderen Ländern.

Da sind die Arbeiter aus Belgien, aus Polen, aus der Tschechoslowakei, Bauernvertreter aus Rumänien, antifaschistische Kämpfer aus Italien, Rumänien: sie alle übermitteln die Erfahrungen ihrer Kämpfe. Alle aber richten auch die Mahnung an die Vertreter aus Deutschland: euer Kampf gegen die faschistische Diktatur, gegen den braunen Mordterror, gegen die Durchführung des faschistischen Wirtschaftsprogramms mit Beseitigung der Tarife und der Sozialversicherung, Senkung der Löhne und Unterdrückung, Durchführung der Arbeitsdienstpflicht müssen zur breitesten und tiefsten Massenbewegung aller antifaschistischen und antifaschistischen Kräfte gesteigert werden — gerade im Hinblick auf die gesteigerte Gefahr des imperialistischen Krieges!

Die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland bedeutet unmittelbar weitere Verschärfung der Kriegsgefahr: Die Zerstörung der Arbeiterbewegung, vollständige Beseitigung der noch bestehenden kümmerlichen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse gäbe den Weg frei, Deutschland zum Aufmarschgebiet, zur Menschen- und Rüstungskammer für den Krieg gegen die Sowjetunion zu machen. Die Streikämpfe in Polen, in der Tschechoslowakei, ebenso wie die gewaltige Bewegung des Volkswiderstandes in China und die entscheidende revolutionäre antimilitaristische Arbeit in Japan — sie vermochten bisher die Durchführung der Kriegspläne der Imperialisten zu hemmen. Die Zurückschlagung der Angriffe des Hitlerfaschismus durch die Antifaschistische Aktion, die wachsende Kampfbereitschaft der deutschen Arbeiter gegen Lohnraub, gegen die Einpannung der Gewerkschaften in die faschistische Politik — das sind auch äußerst wichtige Faktoren gegen die imperialistische Kriegspolitik der deutschen wie der internationalen Bourgeoisie!

Es kommt um so mehr darauf an, die Antifaschistische Aktion bewußt zur Aktion gegen imperialistischen Krieg zu steigern, als nicht nur die offen faschistischen Organisationen die Kriegspolitik und Militarisation — der Stahlhelmtag in Berlin ist eine große militaristische faschistische Demonstration — mit Arbeitsdienstheer und Forderung auf Ausbau und Umbau der Reichswehr, Zusammenarbeit zwischen den faschistischen Wehrverbänden und Reichswehr immer stärker proklamieren, sondern auch die sozialfaschistischen Führer mit immer größeren Betrugsmanövern und mit verbrecherischen Methoden sonderschleichen die wachsende Front gegen Faschismus, Hunger und imperialistischen Krieg zu schwächen versuchen.

Die Führer der II. Internationale sind in Genf beim „Völkerbund“ wie auf der Abrüstungskonferenz die entschiedensten Vertreter der Interessen ihrer Imperialisten — der Kampfkongreß in Amsterdam also hat es ihnen angetan: sie haben alles mobil gemacht, um die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen unteren Organisationen wie alle Mitglieder von der Beteiligung fernzuhalten. Die Politik der Regierungen könnte gestört werden.

In Deutschland aber verhandeln die Führer der reformistischen Gewerkschaften mit der faschistischen Regierung. Sie beteiligen sich an den Beratungen über die Durchführung der faschistischen Maßnahmen gegen das arbeitende Volk und seine Organisationen, sie treten aktiv gegen Streik- und Massenaktionen auf, sie suchen den Arbeiterkampf und

die rote Einheitsfront zu lähmen. Viele dieser Führer bereiten sich zum offenen Ueberstrecken ins Hakenkreuzlager vor.

Wir stehen in Deutschland vor entscheidenden Kämpfen. Die Beispiele der kämpfenden Arbeiter in anderen Ländern — die Tatsache des gewaltigen Aufstiegs des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion — werden in Verbindung mit den Fragen des Krieges der Antifaschistischen Aktion einen neuen Ruck nach vorwärts geben. Von den Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen aus wird der Kampf gegen die faschistische Diktatur, gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm, gegen die faschistische, imperialistische Wehr- und Kriegspolitik, gegen die faschistische Mord- und Terrorpolitik tausendfach verstärkt werden. Faschismus bedeutet Hunger und imperialistischen Krieg!

Sturz des Faschismus und Kapitalismus — das ist der Weg zur Verhinderung des Krieges! Der Feind steht im eigenen Land! So ruft uns Karl Liebknecht zu! Für die Politik von Versailles sollen wir hungern, bluten, Kriegsdienst leisten.

Gegen Versailles, für nationale und soziale Befreiung!

So begrüßen wir die Delegierten des Kongresses! So werden wir dazu helfen, den Kampfwillen des Proletariats und der Werktätigen gegen neuen imperialistischen Krieg zum Siege zu führen!

Ausschneiden! Mit den Kollegen diskutieren!

Umbau der Wirtschaft? aber wie?

Wir fragen die sozialdemokratischen Kollegen:

1. War die Politik Brünnings vielleicht „Sozialismus“?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt in ihren Anträgen, die Tarnew als einen „Vorschlag zum Sozialismus“ bezeichnet hat, nur die Aufhebung der Papen-Notverordnung gegen die Arbeitslosen. Warum nicht auch der Notverordnung Severings, durch die den Arbeitslosen die Mietzuschüsse gestrichen werden? Warum nicht auch der Notverordnungen Brünnings, durch die den Arbeitslosen die Unterstufungen so brutal gekürzt wurden? Mit ihrem Agitationsantrag gegen die Papen-Notverordnung möchte die SPD nur vergessen machen, daß sie selbst durch die Tolerierung Brünnings an der Hungerpolitik der letzten Jahre schuld ist. Wir fragen weiter: was hat die SPD getan, um die Arbeitslosen gegen den Abbau ihrer Unterstufungen zu mobilisieren? Hat sie nicht vielmehr alles getan, um jede Aktion der erwerbslosen Massen zu verhindern?

2. Warum fordert die SPD Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich?

Die SPD-Fraktion im Reichstag hat bisher noch immer die kommunistischen Anträge auf Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, zusammen mit den Kapitalisten niedergestimmt. Jetzt fordert sie erneut die 40-Stunden-Woche, indem sie jedoch hinzufügt, daß die durch Neueinstellung von Arbeitslosen ersparten Unterstufungen als Lohnausgleich heranzuziehen seien. Das ist ein doppelter Betrug an den Arbeitern; denn 1. wird dadurch kein voller Lohnausgleich ermöglicht, so daß eine weitere Kürzung der Löhne einreten muß, und 2. werden in die Unterstufungen der für die Arbeitslosen doch auch nur durch das arbeitende Volk aufgebracht, entweder durch die Arbeiterbeiträge zur Erwerbslosenversicherung, oder durch die auf die Warenpreise und damit auf die Massen abgewälzten „Arbeitsgeberbeiträge“, oder durch die von den Massen aufgetragenen Steuern. Der SPD-Antrag läuft also darauf hinaus, daß die hungernden Arbeiter selbst einen Teil des Lohnes aufbringen sollen, der ihnen dann als „Lohnzuschuß“ zurückgezahlt würde. An diesem Beispiel sieht man so recht den verlogenen Charakter der SPD-Anträge.

3. Wie sollen die Kapitalisten enteignet werden?

In der Sowjetunion sind bekanntlich die Kapitalisten ohne Entschädigung enteignet worden. Aber die SPD, die 13 Jahre lang den Kapitalisten so treu gedient hat, will sie jetzt, wo sie bankrott sind, auslaufen. Den Aktionären der Großbanken sollen ihre Aktien zum Börsenkurs vom 1. Juli 1932 abgekauft werden; das würde einige hundert Millionen Mark verschlingen. Den Schwerindustriellen, den Chemikern und den Trübsherren der Zementindustrie sollen ihre Werke abgekauft werden; das würde diesen Kapitalisten einige Milliarden bringen. Auch den Junkern sollen ihre Güter abgekauft werden (samt den Milliardenschulden)! Die Steuerlast des arbeitenden Volkes würde verdreifacht werden müssen, damit diese Milliardensummen aufgebracht werden. Das ist nicht „Umbau der Wirtschaft zum Sozialismus“, sondern kompletter Wahnsinn! Es kann nur eine Methode der Enteignung in Frage kommen: Die entschädigungslose Enteignung der Kapitalisten durch das siegreiche Proletariat.

Nicht durch solche verlogenen SPD-Anträge wird den arbeitenden Massen aus ihrem Elend geholfen, sondern nur durch den Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus, durch den Sieg der Arbeiterklasse. Wer das aber will, der muß in der roten Einheitsfront unter der Fahne der KPD. kämpfen!

Jeder Arbeiter liest:

den Artikel des Genossen Thälmann in der neuen Nummer der „Internationalen“: „Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD.“

Die neue Nummer der „Internationalen“ ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen und durch die Kolportage zum Preise von 40 Pfg. zu beziehen.

Achtung! Unterbezirke! Ortsgruppen!

Die Antifaschistische Betriebswoche ist um 14 Tage verlängert, das heißt, daß die

Sonntage, der 28. August und 4. September, rote Landsonntage

sind. Es erscheint in der A-Ausgabe am Sonnabend/Sonntag ein Artikel für Landarbeiter und Bauern. Bringt die Zeitung an den Mann; gebt heute noch Bestellungen zum Sonderverkauf auf.

Noch sind Gutsgeltern der KPD. und Bauernkomitees nicht geschaffen worden; das ist am Sonntag nachzuholen. Noch muß die

Werbekraft für die Land- und Forstarbeiter-Zeitung gesteigert werden. Die Werbung für Abonnenten und Sonderverkauf d. Bauern-Zeitung ist das Gebot der Stunde.

Welcher Unterbezirk sendet einen Bauern als Delegierten nach der Sowjetunion? Wer hat das Sammelsoll erreicht?

Stoßtruppen heranz! Schließt Wettbewerbe ab! Berichtet über eure Erfolge an die W. Abteilung Land. Wer von euch erobert die rote Sensenfahne?

BL. Schlesien der KPD., Landkommission

„Völkerschau in Bildern“ — die hochinteressanten Beilagen — findet der Raucher in jeder Packung



Rarität No. 200

Schlesiens volkstümlicher Zigarette.

RUND UM DEN ERDBALL

Der Tod des Schuhkönigs Bata

Eine Berichtigung und die Tatsache

Firma Bata in Lin schickt uns zu dem in der Nummer der „Roten Fahne“ vom 13. Juli erschienenen Artikel unter obigem Titel die folgende Berichtigung:

Berichtigung

Es ist nicht wahr, daß Thomas Bata zu den schlimmsten Ausbeutern gehörte, daß er seine Arbeiter aus den rückständigsten Schichten holte, daß er keine politischen Organisationen duldete und daß die Löhne in seinem Unternehmen die niedrigsten in der Tschechoslowakei waren; wahr ist vielmehr, daß Thomas Bata (wie in der Broschüre „Die Arbeitsbedingungen in einem rationalisierten Betrieb“ des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, herausgegeben vom Zweigamt des I.A. in Berlin NW 40, Scharnhorststr. 35, dargelegt wird) seinen Arbeitern ein ausreichendes Einkommen gewährte, daß zur Aufnahme in die Fabrik eine ausreichende Schulbildung gefordert wird und daß die Löhne, welche in den Werken gezahlt werden, zu den höchsten der Tschechoslowakei zählen.

Bata AG.
(Zwei Unterschriften)

Diese Berichtigung spricht für sich. Die Firma leugnet in dieser Berichtigung vor allem gar nicht die Tatsache, daß sie die Arbeiter aus den rückständigsten Schichten holt, und daß sie keine politische Organisation duldet. Und da sie nicht berichtigt, gibt sie zu, daß dem so ist. Die Firma behauptet, und beruft sich dabei auf eine in Berlin erschienene Broschüre, die höchsten Löhne in der Tschechoslowakei zu zahlen und daß jeder Arbeiter ein ausreichendes Einkommen hat.

Wie ist es in Wirklichkeit darum bestellt? Im Jahre 1928 ist im Ullstein-Verlag, Wien-Berlin, ein Buch von Rudolf Philipp unter dem Titel „Der unbekannte Diktator, Thomas Bata“ erschienen. Dieses Buch hat zumindest denselben Anspruch auf Objektivität wie die Broschüre, auf die sich die Firma beruft. Diesem Buch entnehmen wir folgendes:

Im Jahre 1927, also in einer Zeit, wo noch die sogenannte Konjunktur herrschte und die Löhne bedeutend höher waren als heute, verdiente der Arbeiter Johann Hammer, der von 6 Uhr

morgens bis 8 Uhr abends arbeitete, also bei 14stündigem Arbeitstage und 150 Paar Schuhe täglich herstellte, 300 Kronen (37 Mark) wöchentlich. Nun, die Firma Bata gewährt den Arbeitern außerdem noch einen Gewinnanteil. Wie ist es um diesen Gewinnanteil bestellt? Wir zitieren wörtlich aus dem Buche, S. 264:

„Ich übergebe Ihnen meine Originalausweise, aus denen hervorgeht, daß ich in den Wochen 29 bis 34 des Jahres 1927, also in fünf Wochen, 295 Kronen Strafe bezahlen mußte. Während dieser Zeit hatte ich 42 Kronen Gewinnanteil. Verbleibt ein Verlust von 254 Kronen. Das ergibt in der Woche

einen Durchschnittsverlust von 55 Kronen. Rechnet man das vom Durchschnittsverdienst ab, so bleibt ein Wochenverdienst von 245 Kronen oder 30 Mark.“

30 Mark wöchentlich in der Konjunkturzeit bei 14stündigem Arbeitstage — das nennt die Firma ein ausreichendes Einkommen. Wie es sonst den Arbeitern im Bata-Betrieb geht? Wir zitieren eine weitere Stelle aus dem gleichen Buch:

„Als ein Arbeiter entlassen wurde, weil er zu alt wäre, beschwerte er sich bei einem der Angestellten Batas, der ihm folgendes erklärte: „Bedaure nichts, hier kannst Du überhaupt keine Beschwerde einreichen, da dies keinen Wert hat.“ Die Arbeiter wissen das und deshalb beschwerten sie sich nicht einmal in wirklich schreienden Fällen.“

Der Raummangel erlaubt uns nicht, noch weitere ähnliche Fälle anzuführen. Aber das, was wir angeführt haben, spricht für sich und zeigt, welches System bei Bata herrscht und welchen Wert eine Berichtigung hat. Bata ist tot, aber sein Ausbeutungssystem lebt.

Städte wachsen empor

Neue Eisenbahnlinien — Unaufhaltsam aufwärts

Der beschleunigte Prozeß der Industrialisierung der Sowjetunion hat das Entstehen der neuen Industriezentren mit sich gebracht. Dort, wo noch im Jahre 1926, zur Zeit der letzten Volkszählung menschenleere Steppen und Wälder sich erstreckten, stehen jetzt große Industriestädte, wie Stalinsk mit einer Einwohnerzahl von 46 000, laut der Statistik vom Jahre 1931, Magnitogorsk mit 64 000 Einwohnern und andere große Siedlungen.

Schritt für Schritt damit geht das rasche Wachstum der alten Industriezentren vor sich. So ist die Bevölkerungszahl Stalingrads von 90 000 im Jahre 1924 auf 294 000 im Jahre 1931 gestiegen. Ähnliche Entwicklung ist auch in Tscheljabinsk wahrzunehmen, wo in den letzten fünf Jahren ein Bevölkerungszuwachs von 25 Prozent zu verzeichnen ist.

Infolge der rapiden Entwicklung der Kohlenindustrie im Donezgebiet ist aus der kleinen Siedlung Jussofska die mächtige Stadt Stalino, das Zentrum des Donez-Kohlenreviers mit einer Einwohnerzahl von 200 000 geworden, deren jähr-

licher Bevölkerungszuwachs 20 Prozent ausmacht.

In Makijewka hat die Einwohnerzahl um 19,2 Prozent, in Smerdlowst um 15,7 Prozent, in Nischni-Nowgorod um 14,4 Prozent, in Grosno um 13 Prozent zugenommen. Der durchschnittliche Bevölkerungszuwachs in Moskau und Leningrad im Zeitraum 1926 bis 1931 beträgt 9 Prozent jährlich.

Seitens der Sowjetregierung wird auch dafür Sorge getragen, daß die Städte in sanitärer, verkehrlicher und bautechnischer Hinsicht den Erfordernissen der neuen Zeit entsprechen.

Das Elektrizitätswerk von Balu hat einen neuen Sieg errungen. Die vierte Turbine mit einer Kapazität von 24 000 Kilowatt ist in Betrieb gesetzt worden. Die neue Turbine haben die Leningrader Stalinwerke gebaut. Durch die Inbetriebsetzung der Turbine wird das Elektrizitätswerk eine Kapazität von 67 000 Kilowatt entwickeln und die Kiewer der Usneft genügend mit Strom versorgen können.

Viele ingenieur-technische Arbeiter und Stoßbrigadler wurden anlässlich dieses Erfolges prämiert. Ein neues Haus für Arbeiter und Spezialisten mit 56 Wohnungen wurde gebaut.

In der Nähe von Kertsch, an der Stelle, wo Schürfungen auf Erdöl unternommen werden, hat eine mächtige Gasfontäne aufgeschlagen. Der Gasdruck erreicht 80 Atmosphären. Das Gas entwickelt eine Wärmekraft gleich 1 Kilogramm Erdöl pro 1 Kubikmeter Gas und übertrifft das im Jahre 1930 in Daghestan fontänisierende Gas.

Am 16. August wurde der Verkehr auf der Eisenbahnlinie des elektrifizierten Abschnittes der Transkaukasischen Eisenbahn Stalinsk—Sestafoni ausgenommen.

Der Verkehr wurde feierlich eröffnet. In Stalinsk hat ein großes Meeting stattgefunden, an dem Mitglieder der Transkaukasischen Regierung teilgenommen haben. An den Zug, der die Gäste — Vertreter der Partei, Gewerkschafts- und Regierungsbehörden — aus Tiflis herbrachte, wurde ein elektrischer Triebwagen angelüpelt, der dann den Zug mit den Gästen nach Sestafoni brachte.

Den Vater niedergehossen

Dresden, 25. August. In Remse ereignete sich am Donnerstag morgen eine schwere Bluttat. Der 40 Jahre alte Kaufmann Adolf Klauß erschöß seinen 70 Jahre alten Vater. Der Tat sollen familiäre Streitigkeiten vorausgegangen sein. Der Täter behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben. Er stellte sich selbst der Polizei. Außerdem wurde die Einwohnerschaft des Ortes noch durch einen anderen Todesfall in Aufregung versetzt. Am Mittwoch wurde die Leiche der 25jährigen Dora Bauch aus der Mulde gezogen. Da die Leiche Würgemale am Hals aufwies und außerdem Fußspuren im Graß am Flußufer entdeckt wurden, nimmt man an, daß das Mädchen durch Erwürgen ermordet und sodann von dem unbekanntem Täter ins Wasser geworfen wurde. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Folgen des Krieges

Mailand, 24. August. In einer Sommerkolonie für Kinder in Piaggio stießen zwei Zöglinge des Waisenhauses von Padua beim Spaziergang auf einer Wiese auf eine Granate, die mit lautem Getöse explodierte. Die beiden Kinder erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Das Geschloß stammte noch aus der Kriegszeit.

Der dritte Vorstoß in die Stratosphäre

Mailand, 25. August. Professor Piccard will vorläufig nicht mehr von einer persönlichen Beteiligung an einem dritten Start wissen.

Der Aufstieg in der Nähe des Polarkreises soll vielmehr von einem an das kalte Klima besser gewöhnten Mann unternommen werden, der im Fall einer Notlandung im Polargebiet an die Strapazen eines Rückmarsches auf dem Polareis gewöhnt wäre. Professor Piccard fühlt sich zu bejahrt, um in diesem Fall einen längeren Marsch auf dem Polareis unternommen zu können. Auch glaubt er nicht, daß er sich rechtzeitig dafür trainieren könnte. Die dritte Stratosphären-Expedition würde indessen dem noch von Professor Piccard vorbereitet werden. Aber den Flug will er jüngeren Mitarbeitern überlassen und besonders seinem treuen Adlatus, Dr. Ripper, der bereits den ersten Stratosphärenflug mitgemacht hat.

Durch Blitzschlag die Sprache verloren

In unmittelbarer Nähe eines mit seinem Gespann vom Feld heimkehrenden Landwirts aus Küppern schlug ein Blitz ein. Der Landwirt hat durch den Schlag die Sprache verloren; außerdem machen sich bei ihm weitere Lähmungsercheinungen bemerkbar.



Schweres Erdbeben auf den Philippinen

New York, 25. August. Nach Meldungen aus Manila wurde die nördliche Philippinen-Insel Luzon von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Besonders stark wurde die an der Westküste gelegene Hafenstadt San Fernando betroffen. Hunderte von Häusern sind eingestürzt. Tausende von Einwohnern irren obdachlos umher. Die Erdstöße waren so stark, daß der Erdbebenmesser versagte. Einzelheiten stehen noch aus.

Explosion am Förderstach

Gladbach, 25. August. Auf der Zeche „Matthias Stinnes III-IV“ platzte während des Schichtwechsels eine der großen Luftdruckleitungen, durch die bis auf sechs Atmosphären komprimierte Luft in den Schacht geleitet wird. Die grade mit dem Förderkorb ankommenden Bergleute wurden durch den Luftdruck an die Wand geschleudert und durch die umherfliegenden Kohlenstücke verletzt. Zwei Bergleute mußten mit schweren Verwundungen in das Knappschichtlazarett übergeführt werden. Eine Anzahl von Bergleuten trug leichtere Verletzungen davon. Eine Kommission des Bergreviers Effen fuhr sofort ein und überprüfte die Druckrohrleitung unter Tage.

Weipe verurteilt Kraftwagenunfall

Paris, 25. August. Der Erste Botschaftsrat der japanischen Botschaft in Paris, Tatsuki, der mit einem Attaché eine Kraftwagenfahrt in die Gegend von Tours unternommen hatte, war am Mittwoch das Opfer eines Unfalls. Botschaftsrat Tatsuki, der am Steuer saß, bemerkte plötzlich eine Weipe, die ihm ums Gesicht flog. Um das Tier zu verjagen, ließ er eine Hand vom Steuer. Der Wagen kam ins Schlingern und raste in voller Fahrt gegen eine Mauer. Die beiden Insassen wurden hefnungslos aus den Trümmern des Wagens gezogen und in ein Krankenhaus übergeführt.

Expeditionsleiter auf der Seehundjagd ertrunken

Wie aus Angmagalik auf Grönland gemeldet wird, ist der Führer einer englischen arktischen Expedition, der 25jährige S. G. Watkins, bei einem Kajalunfall auf der Seehundjagd ertrunken. Watkins war im vergangenen Monat mit einer amerikanischen-englischen Expedition von London ausgebrochen, um die Möglichkeiten einer arktischen Flugverbindung zwischen Kanada und England zu erforschen. Das Lager der Expedition befindet sich rund 160 Kilometer nördlich von Angmagalik und ist annähernd 100 Kilometer von allen Eskimo-Siedlungen entfernt. Die aus fünf Mitgliedern bestehende Expedition beabsichtigt unter anderem

den höchsten arktischen Berg, den Mount Forst, zu erklettern und Grönland von Osten nach Westen zu durchqueren.

10 000 Mark aus dem Auto gestohlen

Einem Kassenboten der Städtischen Sparkasse der Stadt Münster wurde eine Aktentasche mit 10 000 Mark aus dem zum Transport benutzten Kraftwagen gestohlen. Der Bote hatte den Betrag von verschiedenen Nebenstellen der Sparkasse zur Weiterleitung an die Hauptkasse übernommen und die Tasche mit dem Geld etwa 2 Minuten unbeaufsichtigt vor einer Nebenstelle im Auto zurückgelassen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Schwerer Autounfall in Südtirol

Bei Mals im Vintzchgau ereignete sich, wie erst jetzt bekannt wird, gestern nachmittag ein schweres Autounfall, wobei eine Person getötet und 20 verletzt wurden. Nur der Führer erlitt keine Verletzungen. Ein auf der Fahrt nach Meran befindlicher großer Autobus aus Ravensburg konnte infolge des Verjagens der Bremsen auf der abschüssigen Straße vom Reschenpaß herab nicht mehr abgebremst werden, so daß der Führer, um ein größeres Unglück zu verhüten, sich gezwungen sah, den Autobus gegen einen Straußenbaum zu steuern. Der Baum wurde jedoch wie ein Zündholz geknickt, der Wagen stürzte am Straßentrand um, wobei sämtliche Insassen in weitem Bogen herausgeschleudert wurden und einige unter das Auto zu liegen kamen.

Von Streitenden erschlagen

In Bärwalde in der Neumark gerieten vier Frauen in einen wüsten Streit, den ihre Männer schlichten wollten. Dabei entwickelte sich eine Schlägerei; die Wütenden gingen auf einen Arbeiter, der an der Sache unbeteiligt war, los und verletzten ihn so schwer, daß er bald nach der Aufnahme ins Rüstliner Krankenhaus verschied.

Hitzewelle in Lissabon

Lissabon wird zur Zeit von einer Hitzewelle heimgesucht, die der portugiesischen Hauptstadt am Mittwoch mit 38 Grad Celsius den heißesten Tag seit Jahren brachte. Der Wassermangel ist sehr groß. Mehrere Theater mußten geschlossen werden, da die Feuerlöschanlagen nicht benutzt werden können.

Der Mord auf der Schleiermacherstraße vor Gericht

Breslau. Gestern stand vor dem Sondergericht der Prozeß gegen die Gebrüder Reinert und Hoffrichter, die unter der Auflage der Erlösung der Frau Schubert aus der Schleiermacherstraße und schweren Diebstahls, sowie Weisheit und Mittäterschaft standen. Drei junge Menschen, im Alter von 21 bis 27 Jahren, saßen auf der Anklagebank. Alle drei sind erwerbslos. Jedoch stammt Hoffrichter aus einer sogenannten besseren Familie und erhielt von seiner Mutter laufende Zuwendungen. Fritz Reinert wollte heiraten, jedoch ihm fehlte dazu das nötige Geld. Er klagte seinem Bruder Oswald und seinem Freund Fritz Hoffrichter sein Leid. Hoffrichter, der Sohn einer „besseren“ Familie, war bereits die Schule des Lebens durchgegangen. In mehreren Fürsorgeanstalten waren ihm die „Tisps“ gegeben worden. Wir haben ja schon oftmals darauf hingewiesen, daß diese sogenannten Erziehungs- und Besserungsanstalten die Verbrecherchulen für die Jugendlichen sind. Hier in diesem Fall wird es eindeutig bewiesen. Hoffrichter gab den Gebrüdern Reinert die Fingerzeige, wie man Fingerabdrücke vermeidet, wie man sich Eintritt in Wohnungen verschafft usw. Mit diesen Kniffen ausgerüstet, begab sich nun Fritz Reinert in die Wohnung der Frau Schubert in der Schleiermacherstraße, um dort die von Hoffrichter erhaltenen Belehörungen in der Praxis anzuwenden.

Reinert wurde von Frau Schubert überrascht und um nicht gefaßt zu werden, schlug er mit einem mitgebrachten Meißel der Frau Sch. mehrmals auf den Kopf. Die Frau Sch. fiel nach vorn um, und Reinert legte ihr um den Kopf eine Schürze, unter der sie, wie nur der Sachverständige angibt, erstickt ist. So weit der objektive Tatbestand.

Drei junge Menschen saßen auf der Anklagebank, drei von denen, denen das kapitalistische System keine Arbeit und keine Lebensmöglichkeit gab, die durch Not, Elend und durch die falschen Erziehungsmethoden demoralisiert wurden.

Der Staatsanwalt Dr. Schmidt beantragte gegen Fritz Reinert lebenslänglich Zuchthaus, gegen Hoffrichter, den Anstifter und geistlichen Urheber, weil er jedoch das Söhnchen aus „besserer Familie“

Generalappell der Breslauer Jungkommunisten

Gegen die Terrorurteile an antifaschistischen Jungarbeitern! Sonnabend, 20 Uhr, im „Oberstrom“, Uferstraße.

- Wir fordern:
Sofortige Aufhebung der Schandurteile!
Fort mit den Sondergerichten!
Freilassung der 9000 politisch-politischen Gefangenen!
Verhaftung der intellektuellen Urheber der Nazi-Überfälle der Feines und Konforten!

Bezirksleitung des KJVD. Schlesien.

ist, zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus, und gegen Oswald Reinert ein Jahr Gefängnis. Zu seinem Mädchen machte der Staatsanwalt Propaganda für das Dritte Reich. Sprach von der treuherzigen Hausfrau, von der deutschen Volksgemeinschaft, von der schlechten Erziehung der deutschen Jugend und empfahl als Ergebnis den militärischen Kadabergesang und den Kaiserhochschiff.

Der zu lebenslänglich Zuchthaus zu bestrafende Reinert wird nach seiner Meinung im Zuchthaus zum „besseren“ Menschen erzogen werden. Die Notlage, in der sich nicht nur die Angeklagten, sondern die gesamte Jugend im kapitalistischen Deutschland befindet, erstickt für den Vertreter der Anklage nicht, sonst könnte er nicht auf den von ihm gemachten Ausbruch kommen, daß die Täter Unterstützung erhalten hätten und daß diese genügt, um das Leben zu fristen.

Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten Fritz Reinert zu zwölf Jahren Zuchthaus, Oswald Reinert zu einem Jahr Gefängnis und Hoffrichter zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus.

Mit diesem Urteil trifft man nur die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, denn die alleinige Schuld trägt das kapitalistische Profitssystem.

Tödliches Verkehrsunfall in Gräbichen

Neben zwei allgemeinen Verkehrsunfällen am Donnerstag ereignete sich auch ein tödlicher Unglücksfall. Beim Ueberqueren der Gräbichener-Strasse wurde ein 63 Jahre alter Schneidermeister aus derselben Straße von einem Motorrad angefahren und auf die Straße geworfen. Er erlitt hierbei so schwere innere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb.

Kinder- und Sommerfest der Roten Hilfe

Am Sonntag, dem 28. August, nachmittags 3 Uhr, in Pentners Festjalen in Morgenau,
Kinderbelustigung, Konzert, sportliche Darbietungen.

Antifaschistische Aktion sichert der Arbeiterchaft Erfolge

Wilgen. Vor einigen Tagen waren einige erwerbslose Frauen und Männer auf dem Felde des Dominiums beim Aehrenlesen. Der Inspektor Reinert trieb sie in rigorosere Weise vom Felde. Die Arbeiter wurden mit Erschlagen und Ersaufen bedroht, mußten selbst wertvolle Brombeeren wegwerfen. Dieser brutale Vorgang sprach sich schnell unter der Arbeiterchaft auch der Nachbarteile herum und löste die größte Empörung aus. Am nächsten Tage wurde der Massenelbstschutz alarmiert, Arbeiter stellten den Inspektor zur Rede und trugen dem Richter ihre Anliegen vor. Am nächsten Morgen wurden 20 Arbeiter für Erntearbeit eingestellt und den Erwerbslosen wurden etwa 30 Morgen zum Aehrenlesen freigegeben. Dieser Erfolg konnte nur durch das sofortige Alarmieren des roten Massenelbstschutzes erreicht werden. Die antifaschistischen Arbeiter von Wilgen müssen aus diesem Vorfall lernen, daß nur durch den Zusammenschluß aller Arbeiter Erfolge erreicht werden können.

Antifaschistische Aktion in die Betriebe!

Unerhörte Untreibung und Ueberstundenschleberei in der Schuhfabrik Langermann G. m. b. H.

Breslau. Anfang Juli wurde die ehemalige Schuhfabrik Dornsdorf unter der Firma Langermann G. m. b. H. wieder eröffnet. Seit jenem Eröffnungstage sind bis jetzt ungefähr 300 Arbeiterinnen und Arbeiter, zum größten Teil jedoch jugendliche Arbeiterinnen, eingestellt worden, von denen auch ein Teil schon wieder entlassen wurde. Schon als im Januar dieses Jahres die Subventionierung und Eröffnung der Schuhfabrik Langermann in der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung eine Rolle spielte, haben wir in der „Arbeiter-Zeitung“ auf die ungeheueren Ausbeutungsmethoden dieser Firma, die ihren Sitz in Nieder-Muerbach in der Pfalz hat, hingewiesen.

Inzwischen sind die von uns geschilderten und angeprangerten Zustände von Nieder-Muerbach, Zweibrücken, Nuweiser, Kaiserslautern usw., dort wo die Firma überall Niederlassungen hat, auch in Breslau zur Tatsache geworden. Und wenn die Breslauer Arbeiterchaft den bereits angewandten rigorosen Ausbeutungsmethoden nicht bald Einhalt gebietet, werden die Zustände die gleichen werden, wie sie bei Langermann in der Pfalz und nur noch bei Bata üblich sind.

Untreibung und fehlende Schutzvorrichtungen steigern Betriebsunfälle

Die Untreibung und besonders das Fehlen der ausreichenden Schutzvorrichtungen, führte dazu, daß die Betriebsunfälle sich ungeheuer steigerten. Erst am Montag kam wieder eine Arbeiterin in große Lebensgefahr; sie war mit ihren Kopfharen in eine Welle geraten. Die auffallend vielen Betriebsunfälle in so kurzer Zeit sind auch darauf zurückzuführen, daß niemand im Betrieb vorhanden ist, der sich um die Schutzvorrichtungen kümmert. Es fehlt selbst noch am Betriebsrat bei dieser Firma. Die gesamte Belegschaft muß sich dafür einsetzen, daß zunächst die Wahl eines Betriebsrates vorgenommen wird. Darüber hinaus muß jedes einzelne Belegschaftsmitglied auf die Anbringung von Schutzvorrichtungen achten und dieselben fordern.

Die Tagesleistung der Firma beträgt zur Zeit 700 bis 800 Paar und daß diese Leistung noch gesteigert werden soll, geht aus den Untreibungsmethoden des Betriebsleiters Fawig hervor, der sich durch-

aus nicht geniert, die erwerbslosen Schuhmacher zu verhöhnen, indem er erklärt, daß die tüchtigen Arbeiter Beschäftigung haben, nur die minderwertigen Kräfte seien arbeitslos. Wie vereinbart sich denn das bei ihnen Herr Fawig? Ist es doch Tatsache, daß zwei Drittel der Belegschaft der Firma Langermann Frauen und Mädchen sind, wovon wiederum circa 50 Prozent Jugendliche sind, die untertariflich, mit 55 Pfennigen Stundenlohn, bezahlt werden. Auch das Stundenlohn von 76 Pfennigen für Männer ist durchaus für qualifizierte Arbeitskräfte kein besonderer Anreiz auf Beschäftigung. Mit den Löhnen und der Rolle, die der zweite Betriebsleiter, Herr Steiner, spielt, der die Arbeiterinnen in jeder Art und Weise zu schikanieren versucht, werden wir uns ein nächstes Mal ausführlich beschäftigen.

Kampf der Ueberstunden-Schleberei

Ganz unerhört ist bei dieser Firma das Ueberstundenschleibereien an der Tagesordnung. Es gibt hier überhaupt keine geregelte Arbeitszeit. Die zur Zeit im Betriebe beschäftigten Arbeiter müssen sich darüber klar werden, daß mit der Verschärfung der Ausbeutungsmethoden im allgemeinen und bei der Firma Langermann im besonderen, noch größere Anforderungen an sie gestellt werden. Deshalb gilt es schon heute gegen die unerhörte Ueberstundenschleibereien Stellung zu nehmen. Der Kampf gegen Ausbeutung und Ausplünderung muß mit aller Schärfe auf der ganzen Linie geführt werden. Die Betriebsarbeiter müssen den Kampf in Verbindung mit den Erwerbslosen, die bei dem letzten Streik in den Schuhfabriken von Wohlauer, Gottheiner und Schärer bewiesen haben, daß auch sie kampfbereit sind und nicht gewillt sind, Streikbrucharbeit zu leisten, um die 10-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchzuführen. Nur dann, wenn der Kampf für ausreichende Löhne, geregelte Arbeitszeit und für alle Schutzmaßnahmen im Betrieb auf breiter Grundlage geführt wird, ist er erfolgversprechend für die Arbeiterchaft. Deshalb gilt es, die rote Einheitsfront vom Betrieb zur Stempelstelle, und umgedreht, zu schaffen. Nur in der roten Einheitsfront, nur durch die antifaschistische Aktion in den Betrieben, wird sich die Arbeiterchaft ihre elementarsten Lebensrechte sichern. Unter der Parole: Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe! Gilt es die Betriebsarbeiter für ausreichenden Lohn und angemessene Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen zu mobilisieren.

Rußlandhebe der „Schlesischen Zeitung“

Breslau. „Die zwei Gesichter Sowjet-Rußlands“. Unter dieser Ueberschrift brachte das Organ der Junker und Schlobarone am Freitag der vergangenen Woche „erschütternde Eindrücke über den Niedergang“ in der Sowjet-Union. Was dort in diesem Artikel von einem angeblichen Sonderberichterstatter in der Sowjet-Union zusammengeschwurbelt wird, ist geradezu ungläublich, ja! scheint es so, als hätte das Anwachsen des Sozialismus im ersten Arbeiter- und Bauernstaat den bürgerlichen Tintenfiskus vollkommen den Verstand genommen. Anders ist es nicht erklärlich, daß solche plump aufgemachten Lügen in der bürgerlichen Schmutz-Presse erscheinen. Während Moskau mit „aufwendigen viel gut asphaltierten Straßen, mit stärkstem Verkehr, ja, anderen Läden“ usw. als ein „potentinißches Dorf“ bezeichnet wird, berichtet der „Sonderberichterstatter“ Leningrad geradezu als einen Trümmerhaufen hinzustellen. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Nirgends in ganz Rußland sieht man soviel baufällige Häuser, ... soviel zahlreiche zerbrochene, oder fehlende Fensterbänke, die durch Lackpapier oder Pappe ersetzt worden sind, wie im heutigen Leningrad“. Dort liegt eine „geiprengte Kirche“, dort „ein Verdrager von Reisenden auf Bäumen“, dort welche auf Treppen und Bahnhöfen, dann das „schlechte Straßenpflaster“, dazu nachts die Finsternis und der schwache Verkehr auf der Straße und obendrein die „unvorstellbar überfüllten Straßenbahnen“, in denen nicht nur gut gekleidete Menschen fahren.

Die „Schlesische Zeitung“, das Organ der Schwerindustriellen, redet sich scheinbar mit solchem widerspruchsvollen Zeug über die tatsächlichen Verhältnisse in der Sowjet-Union hinweg. Wie plump der Schwundel aufgemacht ist, geht jedoch allein schon daraus hervor, daß man in einem Atemzug von hinteren und leeren Straßen und überfüllten Straßenbahnen schreibt. Wie anders muß es doch in Deutschland und in Breslau sein. Hier sind die Straßen alle „glatt“. In den Vororten Breslaus und auch in verschiedenen Straßen der inneren Stadt sind große Reparaturarbeiten erforderlich, die auf Grund der bankrotten Kommune nicht mehr gemacht werden können und um wieviel schlimmer sehen erst die Chausseen, die Kreis- und Provinzialstraßen, aus. Doch die Straßen der deutschen Städte sind belebt und bevölkert, allerdings nur von den arbeitslosen Männern und Frauen und die Straßenbahnen — hier sind die Unternehmen, welche stets Ueberstundenschleibereien waren, heute auf Grund der Vereindung der werktätigen Schichten, nicht mehr zu finanzieren. Zu bestimmten Zeiten des Tages fahren die Breslauer Straßenbahnen vollkommen leer durch die Straßen. Und was die baufälligen Häuser anbetrifft, scheinbar ist der „Sonderberichterstatter“ der „Schlesischen“, der, wie anzunehmen ist, sein Domizil im Süden von Breslau hat, nach niemals durch die Elendsgassen der inneren Stadt gegangen und hat sich die mehr als baufälligen Häuser mit ihren trostlosen Fassaden und mit ihren erbärmlichen Wohnhöhlen, in welchen Proletarier hausen müssen, angeleh...

Der katastrophale Zustand auf dem Gebiete der Wohnungsnot in Deutschland und besonders in Breslau

soß durch die gesamte tschitschische Presse, zu der die „Schlesische Zeitung“ gehört, durch eine unverächtliche Kommunistenhebe und besonders gegen die Sowjet-Union, verdeckt werden. Die widerspruchsvollen Meldungen werden in der bürgerlichen Presse veröffentlicht. Jedes Mittel ist ihnen recht, um den Aufbau des Sozialismus in der Sowjet-Union nur nicht so in Erscheinung treten zu lassen.

Während in Deutschland die gesamte Bantätigkeit still liegt, die Fabriken ihre Tore für immer schließen, täglich neue Arbeitermassen auf die Straße fliegen und dem Hungertode preisgegeben werden, wachsen in der Sowjet-Union im Zeichen des Fünfjahresplanes alle

Zweige der Wirtschaft und Industrie. Selbst bürgerliche Wirtschaftler, die Sowjet-Rußland in den letzten Jahren und Monaten bereisten, mußten zugeben, daß die gigantische Industrialisierung und Förderung des Wohnungsbaues alles bisherige übertrifft. Nur absehbare Unobjektivität kann übersehen, daß ungeachtet aller noch vorhandenen Schwierigkeiten und Hindernisse in der Verwirklichung des Fünfjahresplanes bereits großartiges geleistet worden ist, und weiter geleistet wird. Tausende neue Städte und riesenhafte industrielle Werke sind im Entstehen begriffen. Dort, wo früher im zaristischen Rußland Elend und Not herrschte, entstehen heute gesunde luftige Arbeiterwohnungen und dort, wo früher die Parasiten die Arbeiter der russischen Arbeiterchaft schweißten und prähten, dort erholen sich jetzt die Arbeiter von ihrer täglichen Arbeit. „Drei Gesichter“, jowohl, hier der niedergehende Kapitalismus, hier das Elend und die wachsende Not der Werktätigen — dort der gigantische, riesenhafte Aufbau der russischen Planwirtschaft im Zeichen des Fünfjahresplanes. Das sind die zwei Gesichter, die für jeden denkenden und sehenden Menschen unmissbarliche Tatsache sind. Nur nicht für die reaktionäre, tschitschische Presse, die mit den dümmsten Mitteln die Arbeiterklasse Deutschlands für neue, weitere Ausplünderungen reif machen will.

Nazi-Heringe in Scheitnig

Ein „feiner Herr“ in Herr Bruno Jüngel von der Sternstraße, der dort ein Fischgeschäft hat. Er glaubt sich schon im Dritten Reich zu befinden und stolziert in seiner SA-Uniform fleißig in Scheitnig herum. Er will von den Arbeitern das Geld, aber sonst nichts von ihnen wissen. Die Arbeiter, die bei diesem Ranne kaufen, könnten ihr Geld eben so gut gleich ins Braune Paus tragen, da er es so wie so dort für die SA-Uniform ausgibt. Die Proleten aus Scheitnig raten ihm, seine Heringe in Zukunft lieber auf der Bischofs-

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplowsky in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Friedrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Calla m. Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Ständige Möbel - Ausstellungen in jeder Holz- und Stilart
Grosses Sarg - Lager
Vereinigte Tischlermeister G.m.b.H.
Sagan, Gymnasialstraße 7, Tel. 838

PROLETON Tonfilmbühne
Gabitzstraße 20
Höfchenstraße 49

Täglich bis Donnerstag, den 1. September
Beginn 5.30 Uhr, 7 und 8.30 Uhr

Das unvergeßliche Volksstück von Adolph L'Arronge

Mein Leopold
Ein Film von übertriebener Vaterliebe und dem Leichtsinn eines verwöhnten Jungen!

Neueste Tonwochenschau
Ein Filmspiel des Alltags

Drei Tage Liebe
Käthe Dorsch und Hans Albers

Sonntag, den 28. August um 2.30 Uhr, Große Kinderveranstaltung

Mein Leopold u. Tonbeiprogramm
Arbeiter-Sport-Kartell

Rüstet zum Roten Landsonntag am 28. August

Kreiszusammenlegung und Kreiseingliederung eine faschistische Maßnahme

Berhöhrte Massen-Ausplünderungen durch Zusammenlegung der Kreisverwaltungen — Ein Duzend schlesische Landräte auf Ruhegehalt gesetzt — Neue Kreis- und Gemeindesteuern in Aussicht!

„Die Zahl der Kreise ist zu vermindern. Der Minister des Innern wird beauftragt, sofort festzustellen, welche Landkreise ohne Beeinträchtigung der Interessen der Bevölkerung aufgelöst werden können. Diese Nachprüfung muß spätestens bis 1. Juli 1932 und die Durchführung bis zum 30. September 1932 beendet sein.“

(§ 10 Ziffer 1 der Sparverordnung vom 23. 12. 31 der Braun-Severing-Regierung.)

Diese „Sparverordnung“ der ehemaligen Braun-Severing-Regierung in Preußen ist von dem Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, in die Praxis umgesetzt worden. In Preußen werden 60 Landkreise durch diese Diktaturmaßnahme aufgelöst. Auf Schlesiens Kreise hiervon 22 Kreise, wovon 11 Kreise „eingespart“ werden. Es sind dies die Kreise Neutrade, Mümlingberg, Nimtsch, Brieg-Land, Striegau, Steinau, Vollenhain, Jauer, Schönau, Sagan und Freytag. Die aufgehobenen Kreise haben etwa 450 000 Einwohner und einen Flächeninhalt von 648 000 Hektar. In einer ganzen Reihe von Erklärungen von Seiten der Regierung wird betont, daß diese Maßnahme nur aus „Sparmaßnahmsgründen“ erfolge, daß alle „irgendwie erheblichen Ausgaben geübrigt“ werden müßten. Man will damit den Protest aus den zur Auflösung gelangenden Kreisen zu stillen suchen.

Die Werkstätten Schlesiens dürfen sich durch diese Erklärungen nicht täuschen lassen. Gebreht wird durch die Zusammenlegung der Kreise nichts. Die Zusammenlegung der Kreise ist weiter nichts als eine faschistische Maßnahme, die in erster Linie eine straffere, zentralisierte Zusammenfassung der Verwaltung bezweckt. Doch diese Maßnahme soll eine schärfere und wirksamere Durchführung der faschistischen Diktaturbestimmungen auf dem flachen Lande ermöglichen. Bereits die ersten Maßnahmen zeigen dies mit aller Deutlichkeit.

Niedrigere Unterstützungssätze — höhere Steuern

So haben wir bereits Fälle, wo in einem Kreis die Wohlhabendsten in Höhe niedriger als in dem aufgelösten Kreise. Unter diesen Umständen versucht man natürlich im neuen Kreise die jetzigen Wohlhabendste einzuführen. Wie eine Maßnahme, auf Seiten der Herrschaft der Armen. Auch auf die Steuerpolitik wirkt die neue Maßnahme ungewöhnlich aus. Hier sollen die Kleinbauern, die Arbeiter und Arbeiter die Kreise dieser „Spar“ Maßnahme tragen. Auch die verschiedenen Klassen in den einzelnen Kreisen und die sich daraus ergebenden Steuerhöhen, werden zum Nachteil der Kleinbauern mit dem mindereinstufigen Boden, befristet. Da in den neuen Kreisen die höchsten Steuerhöhen eingeführt werden. Schließlich werden die Kreisverwaltungen aufgelöst und der Zeitpunkt der Neuwahl nicht dem kommunalpolitischen Interesse sondern dem politischen Interesse der Faschisten dem Staatsbedarf eingeleitet werden.

Die Zusammenlegung der Kreise bedeutet aber auch eine ungeheure Nationalisierungsmassnahme auf Seiten der mindereinstufigen werktätigen Bevölkerung. Die alten Kreisstädte waren gewissermaßen der Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens der Kreise, zumal auch sozialistisch. Durch die neuen Kreise, mit einer viel größeren Ausdehnung, müssen die Werkstätten zur Erhaltung ihrer Angelegenheiten mehr mehr Zeit und Geld aufbringen. Die kleinen Gemeinden werden dadurch viel mehr als bisher belastet. Bisher war es fast überall so, daß der Kreisverwalter alle Wochen einmal zum Landratsamt kam, um dem die Angelegenheiten seiner Gemeinde zu erledigen. Er hatte diesen Weg zur Erhaltung auch seiner persönlichen Dinge. Das bedeutet für die Gemeinden denn weiter keine Kosten. Weil nun neue Kreise mit den weiteren Entfernungen wird den kleinen Gemeinden nichts anderes übrig bleiben, als einen Gemeindevorstand einzurichten. Das kann höhere Kosten an Wohnstätten, Befehle usw. entstehen. Diese neuen Kosten werden sich in Form von Steuererhöhungen und Kreisumlagen in den Gemeinden auswirken.

In einer Reihe von neuerschaffenen Kreisen hat sich bereits Widerstand erhoben. Zur Unterstützung der alten Kreiseverwaltung im bisherigen Landratsämtern ist ein Weg. Zum Kauf eines größeren Hauses sein Geld, so daß man auf den „verlorenen Gedanken“ kommt, einen Teil der Verwaltung in der alten Kreisstadt zu belassen. Auf der Seite der Arbeiter, der irgend welche Stempelungen, Umschlüsse und Verordnungen besorgt, gezwungen, von einer Stadt zur anderen zu laufen, weil die Verwaltung „unorganisierter“ ist. Die neuen Kreise und Kreisverwalter werden dann langsam von einem Ort zum anderen geschickt. Auch eine Maßnahme, deren Auswirkung weit und breit auf Kosten der Werkstätten geht.

Für Landräte, Ruhegehälter, für abgebaute An- gestellte, die „Wohlfahrt“!

Was ist das die „Einberufung“ aus? Durch die „Einberufung“ sind nicht etwa die hohe Bürokratie in ihrem Einkommen gesunken. Die Landräte der aufgelösten Kreise haben nichts verloren. Sondern nur gewonnen. Alle in Schlesiens werden folgende Landräte ab 1. Oktober in den Ruhestand versetzt: Dr. Bopp in Neutrade, Dr. Brandes in Schweidnitz, Dr. Parilius in Vollenhain, Dr. Krause in Sagan, Daubenthaler in Striegau, Rühl in Wollau, Lorenz in Jauer, Treischhoff in Schönau, der „berühmte“ Superintendent Stranold in Sprottau und Treischow von Freytag. Außerdem werden die Landräte von Habelschwerdt, Gubrau, Strehlen, Waldenburg, Löwenberg und Reichenburg in den Ruhestand versetzt. Selbstverständlich „unter Gewährleistung des gesetzlichen Wartegeldes“. Anders sieht aber die Sache bei den Angestellten und unteren Beamten. Diese werden den Stempelungen überwiesen, erhalten dort einige Wochen Gewerkschaftsunterstützungen und werden schließlich auf der Wohlfahrt, wo sie dann den Gemeinden zur Last fallen. Mithin belastet diese „Sparmaßnahme“ die Gemeinden ganz wesentlich und raubt einem

großen Teil von bisherigen Angestellten das Brot. An eine Möglichkeit, diesen Angestellten und unteren Beamten in anderen Industriezweigen ein Verdienungsgebiet zu geben, ist durch die wirtschaftliche Krise vollkommen ausgeschlossen.

In einer ganzen Reihe von Kreisen, wie in Sagan, Vollenhain, Brieg, Striegau usw. haben zum Teil Einwohnerversammlungen, Stadt- und Kreisabteilungen stattgefunden, die zu dieser „Kreiszusammenlegung“ und „Kreiseingliederung“ Stellung genommen haben. Diese Art der Stellungnahme war in jedem dieser Orte und Kreise auf rein lokalpatriotischer Grundlage aufgebaut. In allen Fällen „protestierte“ man nicht etwa grundsätzlich gegen die Zusammenlegung, sondern jeder dieser Kreise und Städte versuchte der Regierung klar zu legen, daß ausgerechnet sie die „beste“, die „geeignetste“, die „deutsche“ und die „bestmögliche“ Stadt sei, die den Sitz der neuen Kreisstadt beanspruche.

„Protestaktionen“ des Bürgertums

In der „Entschließung“ der Stadt Brieg heißt es z. B. unter

Die Stellung der Kommunisten in den Gemeinde-Parlamenten

Die Kommunisten lehnen aus oben angeführten Gründen die faschistische Diktatur-Maßnahme, die nur zur schärferen Unterdrückung und Ausplünderung der werktätigen Massen durchgeführt wird, mit aller Entschiedenheit ab. Eine Reihe von kommunalpolitischen Funktionären haben in den Kreis- und Gemeinde-Parlamenten keine klare Stellung dazu eingenommen. So haben z. B. die Genossen in Sagan der Resolution, wie sie von den Bürgerlichen und der SPD. eingebracht wurde, nicht nur zugestimmt, sondern dieselbe sogar als „Vertreter der SPD.“ unterschrieben. Sie ließen sich also in das lokalpatriotische Fahrwasser der SPD. und der Bürgerlichen reiten. Anstatt klar aufzuzeigen, daß den Werkstätten in allen Orten mit dem „Protest“ den „Wittgejuden“ der Forderung auf „Entsendung eines unabhängigen Staatskommissars“ nichts gedient ist, wurde dort, unter Vertennung der Tatsachen, dem reaktionären Verrugsmannöver Vorschub geleistet.

In Vollenhain hat der Genosse Hiller richtig den Werkstätten aufgestellt, daß die Kreiseingliederung zum Schaden der Werkstätten ist. Er zeigte in der öffentlichen Versammlung, die von der Kreis- und Staatsbehörde einberufen war, den erkrankten Bauern an Hand der Steuerrechnungen, daß sie die Meistgeschädigten sind. Dort zeigte der Kommunist auch, daß die Kreisauflösung eine einschneidende Maßnahme ist, die die „Erwerbslosen“ noch vermehrt und die Löhne der Werkstätten unerschöpflich vergrößert. Gleichzeitig hat der Genosse Hiller auch gezeigt, daß man mit papierenen Resolutionen und Entschließungen, so wie sie die „Bürger“, einschließlich der SPD., vernahmen, gegen faschistische Verordnungen nicht kämpfen kann. Aus Striegau erzählten wir von einem Genossen die Mitteilung,

anderem: „Daß Brieg ... die letzte rein deutsch-sprechende Stadt an der oberschlesischen Grenze, ... der alten Wollau, die stets ein Ort des Deutschtums im gefährdeten Grenzland war, ... der einzig gegebene Sitz der Kreisverwaltung ... ist.“

Auch in Sagan wurde mit fast denselben Argumenten „protestiert“. Dort heißt es: „Sagan sei der größte Ort, er habe die bessere Lage, die besseren verkehrstechnischen Einrichtungen, die besten staatlichen Institutionen und sei der einzig geeignete Ort für die neue Kreisstadt ...“

In Striegau wurde eine „Entschließung“ im Kreisrat angenommen, wo es unter anderem heißt: „... die gesamte Kreisbevölkerung, die infolge der unglücklichen Grenzregulierung durch das Friedensbittat besonders schwer leidet, ist der Überzeugung, daß diese Maßnahme eine überaus schwere Schädigung zur Folge haben muß ... Der Kreisrat bittet daher kräftig um die Erhaltung des gut funktionsfähigen Kreises und verweist auf die Denkschrift, den Nachtrag und die Entschließung des Kreisrates“.

daß dort ebenfalls eine „Resolution“ angenommen wurde, und zwar ebenfalls einstimmig. Wir haben sofort dem Genossen geschrieben und angefragt, was für eine Stellung die Kommunisten eingenommen haben, damit etwaige Fehler sofort korrigiert werden können.

In Brieg haben wir zwar im Kreisrat noch keine Stellungnahme, wohl aber aus dem Stadtparlament. Dort hat ebenfalls unser Genosse Fiegel darauf hingewiesen, daß die jetzigen Beschlüsse der Kreis-Zusammenlegung damals den Braun-Severing-Plan bekämpften. In Brieg stimmten auch SPD. und SAP. genau so wie alle bürgerlichen reaktionären Stadtverordneten für die, voll nationale Lobhudelei strotzende „Resolution“. Dort wurde diese „Resolution“ gegen die Stimme des Kommunisten angenommen. Die Stellung des Kommunisten war dort richtig.

Die Kommunisten nehmen nun in allen Stadt-, Gemeinde- und Kreisparlamenten zu den Fragen der Kreis-Zusammenlegung und Eingliederung Stellung. Sie lehnen die Zusammenlegung der Kreise aus den von uns oben angeführten Gründen ab. Sie lehnen aber ebenso entschieden die papierenen Resolutionen und Entschließungen der bürgerlichen Parteien ab. Sie lehnen sie deshalb ab, weil, wie aus allen „Resolutionen“ hervorgeht, daß diese nur aus lokalpatriotischen Gründen und zur bewußten Zerschlagung der werktätigen Massen erhoben werden. Die Arbeiter, Gewerbetreibenden, Kleinbauern in Stadt und Land haben die Pflicht, in der Antifaschistischen Aktion dem Faschismus und der brutalen Ausbeutung ein entschiedenes „Galt!“ entgegenzusetzen. Die Kommunisten sind die einzigen, die für das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden, Städte und Kreise eintreten.

Metallarbeiter! Neuer Lohnabbau droht

Altwasser. Seit Wochen haben die Unternehmer aller Industriezweige gewaltige Verschönerungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen unter der Parole, „Bekämpfung der Tarif“ gefordert. Die Metallindustriellen haben dieser Forderung sehr schnell die Tat folgen lassen. Sie fordern Abbau der Löhne für Handwerker um 8 Prozent, für Angelernte um 11 Prozent, für Frauen um 15 Prozent. Abbau der Leistungszulage von 17 auf 12 Prozent.

Lohnabbau und Preiserhöhung sind die Methoden zur Ausbeutung der werktätigen Massen. So gibt es schon seit Jahren, ohne daß gegen die fortgesetzten Verschlechterungen der Streit organisiert worden ist.

Ein großer Teil der Mitglieder hat schon vor Wochen eine Mitgliederversammlung gefordert, aber nichts ist geschehen. Die Opposition hat Unerschritten zur Erzwingung einer Mitgliederversammlung gelangt und sich an die Kreisverwaltung gewandt mit der Forderung, bis Dienstag, den 23. August, eine Mitgliederversammlung durchzuführen, da sonst die Opposition auf Verlangen der Kollegen eine Versammlung organisieren wird. Manzel ist zum Verbandsrat gegangen, ohne irgend welche Vorbereitung gegen den Lohnabbau zu treffen, und will erst am 2. September eine Mitgliederversammlung machen, nachdem der Lohnabbau zur Tatsache geworden ist.

Kollegen! Wir dürfen keine Stunde mehr verlieren. Macht in den Betrieben alles mobil. Schafft eine geschlossene Front gegen die lohnraubenden Unternehmer und die mordenden Faschisten.

Erstreckt reiflos zu dem Freitag, dem 26. August, abends 7 Uhr, im „Eisernen Kreuz“, Altwasser, stattfindenden Metallarbeiter-Versammlung. Referent: Kollege Hertz-Freiburg. Sorgt für einen guten Besuch. Mitgliedsbuch mitbringen!

Die Opposition im D.M.B.
J. A. Jilinski.

Die Erwerbslosen reihen sich in den antifaschistischen Kampf ein

Hermisdorf (Schnitz). Am Mittwoch, dem 24. August, fand eine Versammlung registrierter Erwerbsloser statt, welche von annähernd 100 Personen besucht war. Ein Genosse referierte über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage, über die Regierungsbildung und den Schacher um die Ministerposten.

In der Diskussion wurde lebhaft über den Schulstreik und Mieterstreik debattiert. Nach Schluß der Versammlung gingen die Erwerbs-

losen geschlossen zum Gemeindeamt, wie es schon zweimal der Fall war, um Protestanten für die, durch den letzten Unterdrückungsraub besonders betroffenen Alt- und Frau-Empfänger, zu holen. Der Wortführer erklärte, daß Hermisdorf die einzige Gemeinde im Umkreis wäre, die Brotkrumen bewilligt hätte und er deswegen schon einen Hülfel bekommen habe. Das soll uns trotzdem nicht vom Kampfe abhalten. Nun erst recht antifaschistische Aktion auf allen Gebieten.

Die Versammlung beschäftigte sich noch mit dem ungeheuren Terrorurteil von Brieg und nahm folgende Protestresolution einstimmig an:

An das Sondergericht Brieg!

Resolution: Die heute am 24. August im Gasthaus „Zum Schnast“ anwesenden Erwerbslosen aus Hermisdorf und Schnast erheben schärfsten Protest gegen das Urteil, welches das Sondergericht in Brieg gegen die Arbeiter aus Ohlau gefällt hat. Die Anwesenden haben einmündig erwirkt, daß die Provokationen der SA. und SS. die Unruhen in Ohlau hervorgerufen haben. Die Hermisdorfer Erwerbslosen fordern aus diesem Grunde sofortige Aufhebung des Terrorurteils und strengste Bestrafung derjenigen, welche die Schuld an den Zusammenstößen tragen. Im Vergleich zu Brieg, hat der Prozeß in Reuthen gezeigt, von welcher Seite der Terror durchgeführt wird. Die Arbeiter von Hermisdorf (Schnast) sehen in diesem Urteil ein Klassenurteil und erkennen, daß die Gerichte nicht für den Schutz der Arbeiter Sorge tragen, und geloben daher, den Schutz der Arbeiter und deren Eigentum in eigene Hände zu nehmen.

Die registrierten Erwerbslosen von Hermisdorf und Schnast.

Alles für die Liste Proletarischer Schulkampf

Schweidnitz. Zu der Elternversammlung in der evangelischen Knaben-Volksschule am 19. d. M., die anlässlich der Elternbeirätewahl am 4. September, 8-17 Uhr stattfinden mußte, waren von ca. 200 Eltern nur 70 erschienen; auch proletarische Eltern waren schwach vertreten!

Es wurde ein Wahlausschuß von sieben Personen gewählt (dabei zwei Vertreter der Liste „Proletarischer Schulkampf“). Der Listeführer der Nazis wollte nach Versammlungsschluß schnell Unterschriften für seine Liste sammeln; er mußte sich belahren lassen, diese Sache wo anders zu erledigen!

Eltern: werbt für die Liste „Proletarischer Schulkampf“; bringt alle Interessenten dieser Liste zur Wahl am 4. September!

Sozialdemokratische Jungarbeiter!

Die Erben von Stuttgart, die Kommunistische Jugendinternationale, ruft zur Antifaschistischen Aktion